



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 64 NUMMER (15/90) 25. SEPTEMBER 1990 PREIS: öS 10,—

Am 28. September „soll“ das Rotstilzchen geräumt werden.

Sollte das auch tatsächlich gelingen, so wäre das für die meisten in der TATblatt-Redaktion traurig. Da hängt viel an Erinnerung und Emotion an dem (ziemlich verfallenen) Lokal, und nicht zufällig wurde gerade im Rotstilzchen — unter anderem — das erste TATblatt produziert.

Es wäre traurig, aber eben auch nicht viel mehr! Es ist unmöglich, eine "ganze Szene", einen Ansatz von Widerstandskultur einfach durch Entzug des Daches überm Kopf zu zerschla-

gen. Außerhalb des Rotstilzchens tummeln (hängen umma; Anm. d. Lehauters) sich immer mehr Gruppen, die sich als Autonome bezeichnen, und (fast) alle haben sie unterschiedliche politische Ansätze, sehen sie unterschiedliche Wurzeln usw...

Das alles nur, um potentiellen solidarischen MitstreiterInnen im Kampf gegen die Eindringlinge eines klar zu machen: Die Aktivitäten zur Verhinderung der Rotstilzchen-Räumung haben nichts mit "Soziotop-Schutz" zu tun! *Mehr dazu ab Seite 17*



Am 29. September soll die Ostautobahn wiederbesetzt werden!



Treffpunkt 16 Uhr Wien Südbahnhof
mehr Termine auf Seite 3!

AUSSERDEM IN DIESEM TATBLATT: *** DONAUALPTRAUM: Eine Donaustädter BürgerInneninitiative gegen die Weltausstellung 1995 in einer Podiumsdiskussion (Seite 14)***
GEGEN FLÜCHTLINGE HERRSCHT KRIEG: „grenzüberschreitende“ Aktionen gegen den Bundesheereinsatz (Seite 7)***
STAPO-STASI-CIA — ALLE HAM DEN GLEICHEN SCHMÄH! Unser Akt gehört uns, oder nicht? (Seite 9) *** ER HAT GAR NICHT GEMOHT: Dennoch wird nach der Baustellenräumung auf der Viehtaler Alm wild gebaut. Doch auch der Widerstand geht weiter (Seite 2)*** U.V.A.

Eh schon wissen: Ein Bohrturm bohrt selten allein

(IG zur Erhaltung der Viehtaler Alm)

Auf der ÖMV Bohrbaustelle auf der Viehtaler Alm wird flott gebaut. Seit den Räumungen am 22. und 28. August werden nun die schon müden Versprechen von offizieller Seite (Schatzi Flemming wollte Baustopp und Umweltverträglichkeitsprüfung; Landeshauptmann Ratzenböck wäre schon immer gegen den Turm gewesen) noch müder und beschränken sich praktisch auf die beamtete Beleidigung weniger im Bewilligungsverfahren Übergänger. Die Baustelle aber, die im schlimmsten Fall schon bald keine mehr ist, liegt weiter im polizeilich bewachten Sperrgebiet (nach Behördenüberleitungsgesetz 1929 — Justizpalastbrand-Massaker, eh schon wissen) und ist daher, außer für Bauarbeiter, nicht zu betreten.

Es ist so typisch für „unser“ rechtsstaatlich-demokratisches Österreich, wie sich das „betriebliche Interesse der ÖMV“ über das „öffentliche Interesse am Natur- und Landschaftsschutz“ (BH-Bescheid) und auch über so manches Gesetzchen (illegaler Baubeginn, Kiesentnahme, Straßenbau, etc) hinwegsetzen darf, ja das aufgrund eines fraglichen Nationalauftrages tatsächlich muß, während jeder Linke, UmweltschützerIn oder BesetzerIn von der Stapo überwacht und gerichtlich verfolgt wird (die 15 Besitzstörungsbeklagten haben bereits ihre Vorladungen zur Verhandlung; Recht schützt Besitz, eh schon wissen). Ein Redakteur der TV-Sendung „Argumente“, der im Oktober über diesen „Mißstand“ der Demokratie berichten will, wurde, als er mit einer Handvoll BegleiterInnen am Bauzaun erschienen ist, von über 20 Gendarmen empfangen, bedroht („daun muaß i mit da Schußwoffn Gebrauch mochen“).

Während also der Rechts-Staat für das Profitinteresse „unseres“ Ölmultis und Shell-Partners strategische Vorteile erkämpft hat, waren die GegnerInnen damit beschäftigt, die verschlungenen Wege zu erschließen, auf denen es der ÖMV verunmöglicht wird, jemals Verluste zu machen: der hydrogeologische Befund im Bescheid der Berghauptmannschaft ist schlichtweg falsch („Diese Gesteinsserie ist nur wenig verkarstungsfähig und bildet keinen Grundwasserleiter.“) Landeshauptmann Ratzenböck hat als zuständige Behörde eine wasserrechtliche Untersuchung unterlassen, und für den Fall, daß man kein Öl/Gas findet, hat der Wirtschaftsschüssel das Berggesetz geändert, sodaß die ÖMV Tochter Proterra u.a. Sondermüll in Bohrlöcher verpressen darf.

Den Punkt aufs i setzt aber wieder einmal Salzburgs Erzeder — nach eigener



Die (zweite) Räumung der Bohrlochbaustelle vom 27. August
mehr über die Besetzung siehe TATblatt minus 65a

Definition einer der größten Umweltschützer, weil so großer Waldbesitzer und deshalb auch Bäumeplanzer schon seit 30 Jahren: Er sieht auch nach einer Anketungsaktion in seinem Dom keine Veranlassung, vom Straßenbenützungsvertrag mit der ÖMV zurückzutreten.

Weitere Ägtschn ist gfragt. Infos unter (07447)7649.

Knedl ist wahrscheinlich auch gfragt (denkt sich zumindestens einmal der Tipper, weil da auch noch eine Kontonummer angegeben ist): „Fonds für gerichtlich verfolgte UmweltschützerInnen“ Raika Großraming; Kto.Nr. 30010623.

Postanschrift: IG zur Erhaltung der Viehtaler Alm; 4464 Kleinreiffing; Postfach 1.

Aktuellstes vom Aktuellen

(TATblatt-Wien)

Weil eben Landespapi Ratzenböck nach wie vor seine Kompetenz in Sachen ÖMV-Bohrung leugnet, sind ein paar Leute nach Linz gefahren, um ihm Nachhilfeunterricht zu erteilen. Ein unbefristeter Hungerstreik soll ihn dazu bewegen, sich über den Ernst der Sache klar zu werden.

Inzwischen mußte selbst die Wasserbehörde des Landes feststellen, daß im Be-

scheid der Berghauptmannschaft grobe Mängel herrschen: Das wasserrechtliche Gutachten in selbigem wurde von einem gewissen Dr. Wohrytzka erstellt, der aber in keinsten Weise dazu befugt ist. Konsequenz daraus: Keine, bestenfalls eine Aufsichtsbeschwerde bei der übergeordneten Behörde (Wirtschaftsministerium), die aber nichts am Gebagger der Bagger auf der Viehtaler-Alm ändern wird. • Durch die Baggerei wurde übrigens bereits das Trinkwasser einer Siedlung beeinträchtigt, ein flugs aufgestellter 15000l-Tank soll aber weiteren Aufruhr vermeiden.

Die Abteilung für Agrar- und Forstrecht des Landes Oberösterreich mußte aufgrund einer Aufsichtsbeschwerde durch die IG Nachforschungen betreiben und stellte fest, daß es "erhebliche Differenzen bezüglich Länge und Dimension zwischen Bewilligung und Realität beim Ausbau der Forststraße" gibt. Was aber wiederum keine wesentlichen Folgen für die ÖMV bedeuten wird.

Eine Demonstration am vergangenen Donnerstag vor dem Umweltministerium sollte Marliesi an ihr Versprechen erinnern, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen zu lassen. Ergebnis: Es wird geprüft und geprüft. Vielleicht bis zur Fertigstellung des Bohrturms. •

Die Rechnung bitte!?

*Gendarmerie will jetzt auch noch Geld dafür,
daß sie die A4-Baustellenbesetzung rücksichtslos weggerräumt hat*

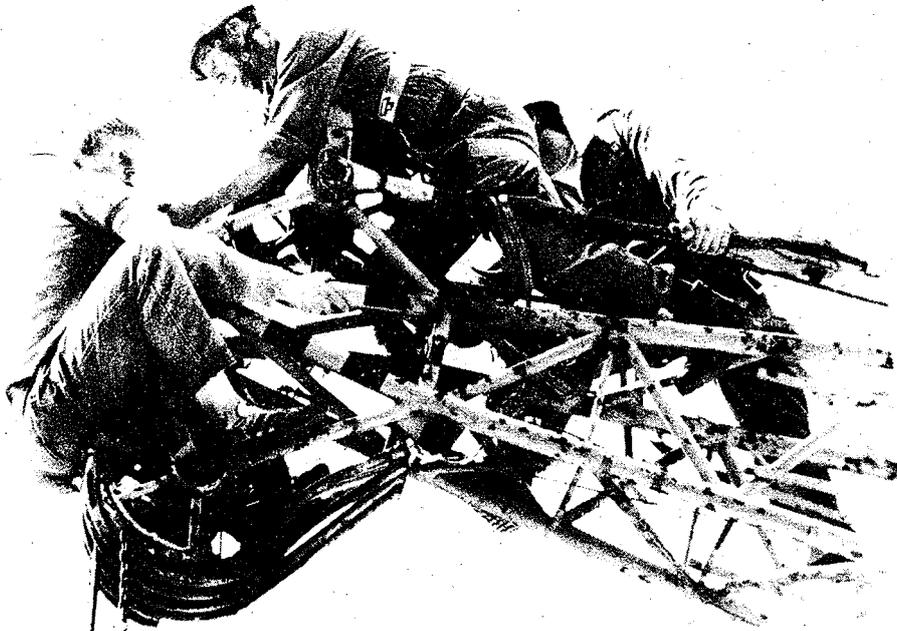
Erst sind sie vollkommen ungebeten gekommen, dann haben sie alles kaputtgemacht, und jetzt wollen sie auch noch Geld dafür. Wie hinlänglich bekannt, wurde am Morgen des 19. Juni die besetzte Baustelle der Ostautobahn von einem Riesengendarmerieaufgebot geräumt. Mitte Juli langte im Büro von Global 2000 eine Rechnung der Bezirkshauptmann ein, in der öS 600.000,— für den Gendarmerie-Einsatz gefordert werden.

(TATblatt-Wien; Q: Global 2000)

Wieso diese Rechnung an Global 2000 gerichtet wurde ist ebenso fragwürdig wie die anderen Umstände dieser Rechnung. Global 2000 war schließlich keineswegs Veranstalterin der Besetzung, noch viel weniger war es dafür verantwortlich. Global 2000 hatte sich lediglich immer in den Mittelpunkt zu stellen versucht, was ihr auch den Unmut einiger BesetzerInnen und SympathisantInnen eingetragen hatte.

Daß für einen Gendarmerie-Einsatz gegen BesetzerInnen aber die BesetzerInnen selbst, beziehungsweise eine vermutete dahinterstehende Organisation zu bezahlen haben, ist für Österreich ganz grundsätzlich eine ziemlich neue, noch nie dagewesene Sache, die nachhaltigste Auswirkungen auf alle zukünftigen Besetzungen haben kann. Wenngleich auch die aktuelle Forderung an Global 2000 nach rechtsanwältiger Meinung schonmal wegen der Fragwürdigkeit des Adressaten wohl kaum durchgehen wird, ist mit wohlüberdachteren Versuchen dieser Art in Zukunft zu rechnen.

Das darf freilich nicht heißen, daß wir keine Besetzungen mehr durchführen sollten. Vielmehr müssen wir lernen, die Organisation solcher Aktionen für die



Behörden undurchsichtiger zu gestalten. Niemals offiziell mit Namen von real existierenden Einzelpersonen oder Vereinen auftreten!!!! Der oder die M. Novak ist hingegen für jedes Impressum nach wie vor gerne als Verantwortliche/r zu haben.

Doch auch andere Rechnungen sind

unterdessen bei Global 2000 eingelangt: Schadenersatzforderungen der Autobahn- und Schnellstraßen AG sowie der Baufirma Lehner wegen Besitzstörung und Sachbeschädigung im Gesamtwert von etwa S 200.000,— nämlich.

90 BesetzerInnen wurden darüberhinaus bislang zu Verwaltungsstrafen zu je S 2.200,— verurteilt. Sie legten freilich Berufung ein. Etwaige unabwendbare Strafen sollen nach Möglichkeit über ein Rechtshilfekonto abgedeckt bzw. unterstützt werden.

Nur so zur Erinnerung: Peter Pilz (Grüner Abgeordneter zum Nationalrat) war am 19. Juni voll des Lobes für den Gendarmerie-Einsatz. Die Gendarmerie hätte endlich aus Hainburg gelernt, lobhudelte er.

Nunja: Aus Hainburg gelernt haben die Behörden und die Gendarmerie wohl tatsächlich. Bloß: welche Auswirkungen hat das? Die Gendarmerie läßt ihren Gewalttätigkeiten bei Besetzungen *dieser* Art vielleicht nicht mehr ungehemmt auch vor laufenden Fernsehkameras und aufpassenden Parlamentsabgeordneten freien Lauf, sondern spart sich das für andere Gelegenheiten auf, wenn keineR mehr zuschaut. Und versucht, mehr als bisher, im nachhinein, wenn sich keineR mehr was drum schert, auf subtile, ordentlich rechtsstaatliche Art und Weise die Leute fertig zu machen. Gelernt ist gelernt. Vielen Dank. ●

29. September:

!No pasaran mit der Autobahn!

Die Ostautobahnbaustelle wird wiederbesetzt!

(Initiative „Aber bestimmt nie gar keine Ostautobahn nicht!“)

Wo besetzt wird, das wird freilich noch nicht verraten! Am einfachsten erfahrt ihr es, wenn ihr mit warmer, regenfester Kleidung, Schlafsack, wenn möglich Zelt, festem Schuhwerk, Proviant, Reisepaß und ohne irgendwelchen illegalem Zeugs, und ohne Kalender, Adreßbücher oder ähnlichem am Samstag, den 29. September 1990 um 16 Uhr beim Wiener Südbahnhof vorbeischaud und mitfährt. Da wird dann nämlich wiederbesetzt!

Weitere wichtige Termine:

- **AktivistInnenplena:** 26. und 28. September um 18 Uhr im WUK-Umweltbüro (Wien 9, Währingerstraße 59)
- **Benefiz-Konzert mit Dirty Blues, Opi und die Röhrljeans, Gotenturm - Kovic und dem A4-Basischor(!):** am 27. September um 19 Uhr in der ARENA (Wien 3, Baumgasse 80 / Ecke Franzosengraben) Organisations- und Rechtshilfe-Spende: S 60,—

ja und wie gesagt:

!Samstag 29. September, 16 Uhr, Wien Südbahnhof!

Spendenkonto für Organisation und Rechtshilfe:
P.S.K. 30.112.047 BLZ 7000113, „Plenum Ost“

Die freitägliche Fahrraddemo in Wien

Was man so Unfall nennt

Es gibt sie immer noch: die allfreitägliche Fahrraddemonstration gegen die Ozonbelastung und den motorisierten Individualverkehr also ganza (in all seinen Auswirkungen). Treffpunkt, wie immer: 16 Uhr Rathausplatz

(TATblatt-Wien)

Am 7. September endete die Demo — die zuvor in den 2. Bezirk und durch die, in diesen Tagen auch für den Autoverkehr geöffneten, Prater Hauptallee geführt hatte — kurz vor ihrem geplanten Schluß am Wiener Rathausplatz vor der Votivkirche jeh und schmerzlich: Ein Autofahrer, der sich die letzten paar hundert Meter schon die Zeit damit vertrieben hatte, vor ihm befindliche RadlerInnen mit der Stoßstange anzustupsen, hatte ein neues Opfer gefunden. Genauso wie er es schon zuvor mit anderen getan hatte, fuhr er einem Radfahrer dreimal gegen den Kotflügel des Hinterrades. Zweimal geschah nichts. Beim dritten Mal blockierte sich das Fahrrad-Hinterrad und der Radler stürzte kopfüber auf die Fahrbahn und blieb benommen liegen.

Die Polizei war ganz überraschend schnell am „Unfallsort“. Überraschend deswegen, weil man/frau während der Demo von der Polizei absolut nichts gesehen hat — von einigen sporadisch und eher zufällig vorbeigekommenen Funkstreifen abgesehen. Der uniformierte Beamte war einem sonderbarerweise überaus zivil aussehenden weißen VW-Golf D mit dem unauffälligen Kennzeichen W 228.051. entstieg. Ein Wagen, der, Beobachtungen einiger DemonstrantInnen zufolge, schon länger hinter der Demo hergefahren ist.

Der Autolenker hatte freilich für sich eine sehr eigentümliche Sicht der Ereignisse. Dieser standen aber die Aussagen von rund zwanzig ZeugInnen, darunter FußgängerInnen, die vom Fahrbandrand gerade begeistert der Demo zugewunken hatten, gegenüber.

DIE RADLDEMO UND DIE POLIZEI

Nachdem es dereinst am 10. August zu Polizeiterror gegen die RadlerInnen gekommen ist (Anmache weiblicher Demonstrantinnen, Tritte von Motorradpolizisten gegen RadfahrerInnen, Festnahmen wegen Mißachtung der Rechtsfahrordnung oder so ähnlich) hat sich die Exekutive wochenlang nicht mehr blicken lassen. (Die Betonung liegt mit Hinweis auf obigen genannten VW Golf auf *blicken* lassen). Als eine Freitags-Demo einmal entgegen der üblichen Gewohnheit polizeilich angemeldet worden war, begleiteten uns zwar einige Kiberer, als ein Großteil der DemonstrantInnen nach dem Ende des angemeldeten Teiles aber unangemeldet weiterfahren, und dies auch vor den Ohren der Exekutive deutlich über Megaphon ankündigten, verblieben die Polizeikräfte nahezu allein am Ort der Abschlußkundgebung, während die RadlerInnen ohne jegliche Beamte verkehrschaoßstiftend weiterzo-

gen.

Am 7. September begegnete eine aufgebrauchte Funkstreife mutmaßlich, zufällig der Demonstration, und reagierte erst einmal so, wie man/frau es von ihnen erwarten würde, also einigermaßen gschissen: Schreiend, drohend und mit waghalsigen Fahrmanövern. Nachdem die Bamten Zeit gefunden haben, ihre Erlebnisse über Funk weiterzusagen, waren sie plötzlich ganz ruhig und blieben bescheiden im Hintergrund, ehe sie an der nächsten Kreuzung das Weite suchten. Zwei weitere Funkstreifen taten selbiges etwas später in der Prater Hauptallee, inszenierten sich aber noch einen „starken Abgang“, indem sie, bevor sie die Demo verließen, mit Folgeton und quietschenden Reifen an der Demo vorbeirasteten, die erste Reihe einigermaßen schnitten, und schließlich nach rechts in einen Seitenweg abfuhrten. Damit wenigstens noch klargestellt ist, wer da der Herr ist, wenngleich ihnen offenbar die Hände gebunden waren. Auf alle Fälle konnte sie vermitteln, daß sie nicht gerne weggefahren sind, daß sie lieber dageblieben wären, und ein bißerl aufgemischt hätten.

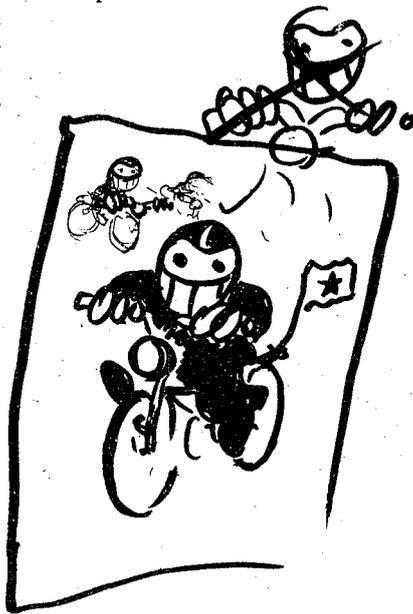
Offenbar ist hierorts wieder einmal etwas eingetreten, was zumindestens seit dem seligen Unistreib anno 1987, als Vorwahlsyndrom bekannt sein dürfte: Nur keine spektakulären Polizeiaktionen nicht!, die ein schiefes Licht auf die Exekutive werfen könnten, so kanpp vor den Wahlen. Obendrein werden die Radldemos zuweilen — fälschlich — als Grüne Wahlkampfkaktionen angesehen, was sie allerdings nicht sind, wenngleich es hauptsächlich Grüne sind, die die organisatorische Arbeit für die Demos betreiben.

Der Verdacht liegt nahe, daß irgendeine Weisung an die Polizei vorliegt, sich bei den Radldemos tunlichst rauszuhalten. Fraglich erscheint in diesem Zusammenhang, wie sich das dann wohl nach den Wahlen entwickeln mag? Bei den Kiberern dürfte sich bis dahin einiges aufgestaut haben. Es scheint befürchtenswert, daß sie nach den Wahlen mal gründlich in die Demo dreinfahren wollen. Dazu wäre es an der Zeit, sich langsam was zu überlegen.

Am, der oben geschilderten Radldemo folgenden Freitag, den 14. September, begleiteten überraschenderweise erstmals

wieder größere Polizeieinheiten die Demonstration. Selbst die Alarmabteilung kam nach einiger Zeit hinzu. Die Polizei beschränkte sich aber weitgehend darauf, Festnahmen anzudrohen, wenn nicht hintereinandergefahren werden würde. Sie begnügten sich aber mit Angstmachen, tatsächlich eingeschritten wurde nicht. Außer einmal:

Ein Radfahrer verhinderte gerade durch seine Anwesenheit das Hineinfahren eines Autos in die Demonstration, da kam auch schon der Lautsprecherwagen der Polizei dazu und begann lauthals zu drohen. Plötzlich rissen die Beamten die Türen auf, oder wollten dies tun, um auszusteigen, und offenbar wirklich die Festnahme durchzuführen. Leider stand gerade zu diesem Zeitpunkt ein Radfahrer mit seinem Rad so knapp neben dem Auto, daß der Beamte die



Tür nicht so richtig aufbrachte, wie er dies wollte, und daher auch nicht so weit aussteigen konnte, wie es zur Vollstreckung der Festnahme nötig gewesen wäre. Wie sich das daraus entstandene Durcheinander, das auch ein paar andere DemonstrantInnen angezogen hatte, die sich dann um den Polizeiwagen scharten, schließlich aufgelöst hat, ist meinen Augen leider entgangen. Auf alle Fälle sind Festnahmen offensichtlich verhinderbar.

Am 21. September kam es zu einigen Abmahnungen und ein paar etwas herben Abdrängversuchen durch weiße Mäuse.

JEDEN FREITAG!

Umso mehr Leute zur Radldemo kommen, umso eher sind sogenannte Unfälle und unerwünschte Wirkungen von Polizeieinsätzen zu vermeiden. Aus diesem Grund — und freilich auch aus anderen — wäre es also wichtig, daß möglichst viele Leute kommen.

Falls du Angst haben solltest, von nachkommenden Autofahrern angefahren zu werden, so kannst du dich gefahrlos im Mittelteil der Demo bewegen. Schon am 13. September, also eine Woche nach dem sogenannten „Unfall“ gab es eine gut organisierte freiwillige letzte Reihe.

Also:

jeden Freitag
16 Uhr Rathausplatz (Wien)

Boykottiert Marlboro, Jacobs, Suchard und Tobler

Jede Marlboro unterstützt rechtsextremen homophoben Senator

(Homosexuelle Initiative)

Die Zigarettenmarke Marlboro ist ein Produkt des multinationalen Konzern Philip Morris. Dieser Konzern ist der größte Unterstützer von Senator Jesse Helms (North Carolina, USA), ein Republikaner, der ein „Retter der Heterosexuellen“ sein will. Seit 1977 hat der Philip Morris Konzern hunderttausende Dollars in die Wahlkampagne von Jesse Helms investiert. Senator Jesse Helms ist ein gefährlicher Gegner von „Minderheitenrechten“: fortwährend versucht er die Rechte von Frauen, von Lesben und Schwulen zu be-

schneiden und tritt gegen jegliche Aids-Aufklärung und -Prävention ein.

Jesse Helms' Politik tötet Schwule und Lesben!

In den letzten Jahren stimmte Helms:

- FÜR zwangsweise HIV-Tests (Massentest, keine Heirat und keine Einwanderung ohne Test)
- FÜR Internierung von HIV-Positiven und Aids-Kranken
- GEGEN die Verbreitung von Informationsmaterial über Aids, wo von Homosexualität in positiver Weise die Rede ist

● GEGEN Unterstützung für „obszöne“ und homoerotische Kunst

● GEGEN Unterstützung von Behinderten, da dieses Geld auch Aids-Kranken zukäme

● GEGEN Arbeitsmöglichkeiten von Lesben und Schwulen im Erziehungsbereich

● GEGEN eine Statistik, in der Gewaltaktionen gegen Lesben und Schwule separat dokumentiert sind

● GEGEN Unterstützung für jegliche Aktionen und Schriften, in denen Homosexualität positiv dargestellt wird

● GEGEN die kostenlose Abtreibung für mittellose Frauen in den Staatsspitälern

Im Zusammenhang besehen: „Kronenzeitung“ gewalttätig! „Kronenzeitung“ schuldet Gerhard Ruiss 14 828,40 Öschis

(TATblatt Wien)

Die Klage der „Kronenzeitung“ gegen Gerhard Ruiss auf Unterlassung der Behauptung, die Kronenzeitung sei gewalttätig, wurde vom Wiener Landesgericht für Zivilrechtssachen abgewiesen.

Selbiges hatte Gerhard Ruiss nämlich anlässlich der Demonstration gegen den Opernball am 22. Februar dieses Jahres behauptet.

Das Gericht kommt zum Schluß, daß eine Verletzung der Ehre (und selbiges hatte die Kronenzeitung in ihrer Klage behauptet) nicht allein auf Grund eines Wortlautes, sondern nur nach Ermittlung des „objektiven Sinns“ einer Aussage festgestellt werden kann. „Es kommt daher entscheidend auf Wortwahl, Sinneszusammenhang, persönliche Beziehungen, den örtlichen Verkehrston, den heute allgemein gestiegenen Toleranzlevel etc. an. Unerheblich erscheint, wie der Verletzte die Handlung interpretiert, oder ob er sich beleidigt fühlt“ (Zitate aus dem Urteil).

Isoliert betrachtet könne zwar die Äußerung, jemand sei ein Gewalttäter, ehrenrührig sein. Im Sinneszusammenhang der gesamten Rede könne dies aber nicht behauptet werden.

Ruiss hatte nämlich noch eine ganze Reihe anderer Personen, Dinge und Ereignisse als gewalttätig bezeichnet (das Asylrecht, das Polizeibefugnisgesetz, den Abriß von Ägidi/Spalo und Gassergasse, den Polizeipräsidenten und das Textilgewerbe) und habe seine Rede somit nicht gegen Menschen, Gruppen oder Institutionen gerichtet, die „andere Menschen in rechtswidriger Weise so behandeln, daß diese in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt, miß-

handelt, verletzt oder getötet würden“, sondern gegen „Rechtsnormen, deren Vollziehung und gegen die Wirtschaftslage. Daraus läßt sich nicht der objektive Sinn ableiten, der Beklagte habe erklärt, bei der Kronenzeitung würden rechtswidriger Weise Menschen mißhandelt, verletzt, getötet oder/und in ihrer persönlichen Freiheit eingeschränkt.“ ●

Erkenntnisse "Erkenntnis" des Verfassungsgerichtshofes vom 26.2.1990 betreffend eine Beschwerde wegen Mißhandlung durch Kriminalbeamte (B 212/89).

(gefunden von TATblatt Wien)

„Was den Vorwurf der Mißhandlung betrifft, stehen die Aussagen des Beschwerdeführers und der Kriminalbeamten in unvereinbarem Widerspruch zueinander. Die Glaubwürdigkeit des Beschwerdeführers wird — jedenfalls zum Teil — durch das Sachverständigengutachten gestützt. Trotz eingehender Vernehmungen war es dem VfGH nicht mehr möglich festzustellen, ob die behaupteten Mißhandlungen des Beschwerdeführers stattgefunden haben. Da somit ein Nachweis für die behaupteten Zwangsakte nicht erbracht ist, fehlt es an einem geeigneten Beschwerdegegenstand. Die Beschwerde war als unzulässig zurückzuweisen.“ ●

Seit 1986 hatte Senator Helms 26x die Gelegenheit, über Punkte abzustimmen, die das Leben von Lesben, Schwulen und HIV-Positiven betreffen. Jesse Helms stimmte jedesmal zum Nachteil der Lesben und Schwulen.

Der Konzern Philip Morris unterstützt durch seine große finanziellen Zuwendungen diese faschistische Politik! Der Kauf von Marlboro-Zigaretten finanziert die Wahlkampagne von Jesse Helms. Wenn Philip Morris 1% weniger Marlboro verkauft, verliert er 250 Millionen US-\$.
Kauft keine Marlboro! Mit jeder Marlboro unterstützt ihr den Sexisten, Rassisten und homophoben Jesse Helms!

Weitere Produkte des Philip Morris Konzerns: Chesterfield, Benson & Hedges, (jetzt wirds hart; Anm d Tipppers:) Jacobs-Suchard-Tobler!

Informationen über den internationalen Marlboro-Boykott:

- ACT UP/DC, P.O.Box 9318, Washington D.C. 20005, USA
- HOSI Wien; Novaragasse 40, 1020 Wien.

Mailand Skins gegen Punks

(TATblatt-Wien)

In Mailand haben Skins vorletzter Woche zwei Punks und einen Autonomen durch Messerstiche schwer verletzt. Einer der beiden Punks liegt noch im Spital. Protestdemonstrationen sind geplant

Die ital. bürgerliche Presse rätselt indes wie "es zu solchen New Yorker Zuständen" kommen kann. Eine politische Motivation wird den sogenannten Jugendbanden abgesprochen. ●

ein offener Brief betreffs Nestlé am Volksstimmefest

An die KoordinatorInnen des volksstimmefestes

es ist ja verständlich, daß ihr euch nach dem wegfallen der investoren im osten, nach neuen geldquellen im westen umschauen müßt, um euer fest finanzieren zu können. aber wenn es für die finanzierung dieses festes nötig ist, nestlé einen solch großen platz für seine konsum-propaganda zur verfügung zu stellen, dann solltet ihr dieses fest als ganzes mal gründlich überdenken. versucht jedenfalls in zukunft nicht, uns dieses fest als linkes volksfest mit politischen ansprüchen zu verkaufen. denn auf einem solchen hat nestlé als einer der großen verbrecher in der sogenannten dritten welt (peripherie) nichts verloren.

gerade nestlé als konzern, gegen den die linke seit jahren kämpft — bei euch steht der nestlé-stand mehr oder weniger am eingang des solidorfes. die menschen, die dort als vertreterInnen der sogenannten dritten welt (peripherie) standen, könnten euch sicher eine menge über nestlé erzählen, wenn ihr noch nichts von den praktiken dieses konzerns gehört haben wollt.

und kommt jetzt nicht mit dem geld, das ihr so dringend braucht. wenn ihr dafür einem konzern, den ihr aufgrund der politik, die ihr für euch reklamiert, bekämpfen müßt, den platz für seine werbe-show zur verfügung stellt, dann müssen sich andere linke überlegen, inwieweit ihr in der lage seid, an antiimperialistischen bündnissen teilzunehmen. nennt euch nicht antiimperialistisch, solange ihr den schweinen helft, sich ein positives image zu organisieren!

und noch eines: es ist ja nett, daß ihr

euch gegen autoverkehr, straßenbau und für den ausbau des öffentlichen verkehrs einsetzt. —aber: fällt euch dann nichts besseres ein, als ausgerechnet zwei autos als hauptgewinn zu verlosen? und ist das etwa so toll, daß ihr es in der volksstimme auch noch bejubeln müßt? die autozerstörung der döblinger kp auf dem bild daneben wirkt wie ein schlechter witz. ihr scheint

sehr bemüht zu sein, eure politische glaubwürdigkeit ständig neu in frage zu stellen.

15 Unterschriften

Anmerkung der TATblattredaktion: Bis zum Zeitpunkt der Produktion dieser Nummer (22./23.9.90) konnte der hier abgedruckte LeserInnenbrief — adressiert an Volksstimme — in selbiger von uns noch nicht entdeckt werden. ●

AusländerInnenwahlrecht jetzt!

(Aktion AusländerInnen wählen)

AuslandsösterreicherInnen, die tausende Kilometer von der sogenannten „Heimat“ weg leben und mit Österreich nichts gemeinsam haben als den Staatsbürgerschaftsnachweis dürfen nun wählen. Leute, die in Österreich leben, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, hingegen nicht.

Dieser angeblich demokratische Staat hat nicht nur das faschistische Fremdenpolizeigesetz übernommen, nein, Verschärfungen dieses unmenschlichen Paragraphengewisses werden schrittweise von den Politikern gefordert und durchgesetzt. ZB können AusländerInnen auch bei geringsten Vergehen ohne richterliche Verurteilung sofort von der Polizei abgeschoben werden.

Politisch Verfolgte haben kaum noch Chancen in Österreich aufgenommen zu werden.

Die Aktion „AusländerInnen wählen“ sammelt Unterstützungserklärungen für

- allgemeines Wahlrecht für AusländerInnen
- Abschaffung von Fremdenpolizei- und AsylantInnengesetz sowie
- AusländerInnenbeschäftigungsgesetz

Infostände gibt es Freitag und Samstag bei der Kettenbrückengasse (Wien 6), am Viktor Adler Markt (Wien 10), am Brunnenmarkt (Wien 10) und am Hannovermarkt (Wien 20).●

Selbstbestimmtes Leben

Behinderte kämpfen für ihr Leben

(c)

Die Gleichberechtigung für behinderte Menschen läßt auf sich warten. "Jetzt reicht es uns tatsächlich!" Die Behindertenmahnwache, die seit Freitag, dem 21. September vorm Stephansdom stattfindet hält weiter an. Behinderte und Interessierte sind herzlich eingeladen gegen Abhiebung und Entmündigung behinderter Menschen zu protestieren. Keine Berücksichtigung ihrer Anliegen finden die Betroffenen in den

neuen Bauplänen. Im Bereich der Arbeitswelt ist es Behinderten sogar unetrsagt LehrerIn oder Priester (welch christliche Einstellung) zu werden; im Bereich der Freizeit- und Kulturangebote werden Behinderte von Kino- und Theaterbesuchen, wie dem Besuch von Schwimmbädern abgehalten. Durch Slogans wie "Licht ins Dunkell" beruhigen gewisse Personen nicht nur das Gewissen spendenbereiter Menschen.●

HELLO TO EVERYBODY!

"THE APE LTD" ist gegründet. Unser Ziel: Wir wollen in unserem tiefprovinziellen österreichischen Heimatkauf Wels ab September im staatseigenen "ALTEN SCHLACHTHOF" (Fassungsvermögen 1-500 Köpfe, PA vorhanden) die Sau 'raus und Kultur a la independent-, underground-, trash-, speed-, heavy- & co metal... unbekannte, unbedarfte und berühmte Bands reinlassen, um eine ordentlich-unordentliche independent-Szene aufzubauen. (Korrekturleser an TipperIn: was ist ein PA?)

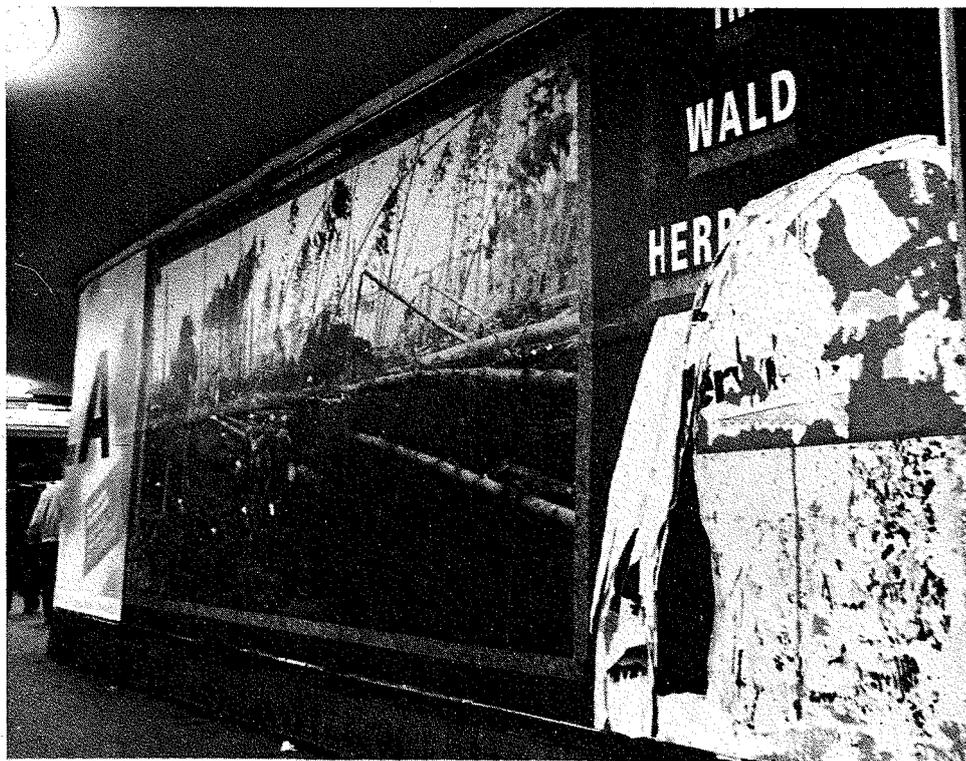
Wir sind überzeugt, daß uns das dank eurer (Bands, Manager, Agenturen) Mit-hilfe allerbestens gelingen wird und warten auf eure besten Stücke und Anbote. Send it soon, September is not far...

regards

contact: Stefan Hattinger, Siebenbürger Str. 38, 4600 Wels, Austria ●



Gegen Flüchtlinge herrscht Krieg



Unser Heer macht die Grenzen dicht und verteidigt die Nation, auf Ersuchen des Innenministers, vor den Flüchtlingen und Asylbegehrenden, die nächstens, aus dem „Ausland“ kommend, die, seit dem Abbau des sogenannten Eisernen Vorhangs so verwundbaren, Ostgrenzen verletzen und über unser Vaterland herfallen.

An den Sonntagen, 9. und 16. September fanden Protestkundgebung an der Grenze statt. Am 9. September in Nickeldorf, am 16. in Schattendorf. Beide Male begaben sich die jeweils etwa 50 KundgebungsteilnehmerInnen anschließend auf „Patrouille der Freiheit“ im Grenzgebiet. Die Bezirkshauptmannschaft reagierte mit Notverordnung.

(TATblatt-Wien; Q: Aktion Grenzenlos; Tb)

9. September: Die TeilnehmerInnen der „Patrouille der Freiheit“ versuchten mit Soldaten zu diskutieren. Auf dem Rückweg erschienen plötzlich der Bezirkshauptmann-Stellvertreter Dr. Gold und verkündete eine Notverordnung nach dem Verfassungsüberleitungsgesetz 1929, aus der Zeit des beginnenden Faschismus, derzufolge das Gelände binnen 15 Minuten zu verlassen wäre. (Die selbe Verordnung übrigens, die in letzter Zeit überall dort angewendet wird, wo irgendein organisierter Widerstand geleistet wird: Pyhrn-Autobahn, Anti-Abfangjäger-Widerstandscamp Thalerhof, Viehtaler Alm). Ein andermal wies er gar alle DemonstrantInnen bar jeder Rechtsgrundlage aus dem Burgenland aus! Sie hätten das Land innerhalb von zwei Minuten zu verlassen, ordnete er an, was freilich nie und nimmer möglich gewesen wäre. In weiterer Folge bedrohte er den Buschaffeur mit der Entziehung des Führerscheins und der Lizenz und ordnete an, daß die Gendarmerie uns aus dem Burgenland bis Wien zu eskortieren hätte.

Während der Fahrt war das Aussteigen aus dem Bus verboten. Unterwegs, als der Bus zu einer kurzen Pinkel-Pause gehalten hatte, befahl Dr. Gold plötzlich, den Bus anzuhalten und die Insassen zu perlustrieren. Die Begründung: Einer der DemonstrantInnen soll während des Patrouillenganges einen Militärhubschrauber mit einer Leuchtrakete gefährdet haben. Die DemonstrantInnen konnten sich an nichts erinnern. Sie verweigerten die Perlustration. Daraufhin wurde der Bus zwei Stunden lang auf der Landstraße von Gendarmen blockiert; selbst 2 Hubschrauber landeten zur Assistenz. Erst als der Abgeordnete zum NR Peter Pilz den Einsatzleiter, der die Businsassen mit Verhaftung bedrohte, eingehend über die Ungesetzlichkeit seines Verhaltens belehrte, ordnete Dr. Gold schließlich an, der Bus möge nun sofort nach Wien fahren. Der Bus wurde von Gendarmen zum Südbahnhof eskortiert, wobei dem Chaffeur eine bestimmte Route aufgenötigt wurde.

Eine Woche später wurde die Aktion bei Schattendorf wiederholt. Die Gendarmerie, mit großem Aufgebot präsent, verhielt sich geordneter, das Bundesheer zurückgezogen, die DemonstrantInnen ausgesprochen desorganisiert. Besondere Vorkommnisse: keine.

In welcher Form die Aktionen fortgesetzt werden sollen, ist noch unklar.

Informationen: Telefon (0222) 745196. (Verein Zusammen)●

Aus dem an die Soldaten verteilten Flugblatt:

„Soldaten!

(...)

Wißt Ihr, was man von Euch verlangt?

Ihr sollt Flüchtlinge daran hindern, Asyl zu begehren. Aber im Asylgesetz steht, daß Asylwerber zum Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sind, solange ihr Verfahren läuft (§5,1). Österreich hat sich verpflichtet, Asylwerber deren Leben oder Freiheit bedroht war, auch für illegalen Grenzübertritt nicht zu bestrafen (Genfer Konvention, Artikel 31).

Es ist streng verboten, Flüchtlinge in irgendeiner Form in ein Gebiet auszuweisen oder zurückzuschieben, wo ihr Leben oder ihre Freiheit aus Gründen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder ihrer politischen Ansichten bedroht ist. (Artikel 33 der Konvention; Asylgesetz §13a).

Es ist daher strafbar, Flüchtlinge in ‚Drittländer‘ zu schicken, (nach Ungarn, Jugoslawien,...), wenn die Gefahr droht, daß man sie von dort gleich wieder weiterschiebt in das Verfolgerland.

Soldaten! Wenn ihr heute die Befehle Eurer Vorgesetzten befolgt, dann brecht ihr das Gesetz. Ihr selber macht euch strafbar. Niemand hat das Recht, Euch das zu befehlen.

Soldaten! Ihr habt nach §17 Militärstrafgesetz das Recht und die Pflicht, Befehle zu verweigern, die die Menschenwürde verletzen, die von unzuständigen Vorgesetzten ausgehen, oder die Begehung von strafbaren Handlungen anordnen. Flüchtlinge zurückzuschieben, ist strafbar und verletzt das Menschenrecht. Und Herr Löschnak, der Euch an die Front ruft, ist ein völlig unzuständiger Mann. Soldaten! Laßt euch nicht mißbrauchen!

Verweigert den Befehl!

Aktion Grenzenlos“

Neues von der Kibarei

(TATblatt Wien)

Wien bekommt 1991 350 neue Polizisten. Der Innenminister kündigte weiters die Schaffung von Observationsgruppen ab Oktober und Tatortgruppen ab Frühjahr 1991 an. Durch die "zig Millionen teure" EDV-Umstellung der Bereiche Protokoll, Fingerabdrücke und Meldewesen ab kommenden Jahr wird zusätzlich Personal für andere Aufgaben frei. Der vor kurzem gegründeten Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung von organisiertem Verbrechen wird nun auch die Bekämpfung von Banden unterstellt. Begründet wird das mit dem verstärkten Skinhead- und Hooligan-Terror. Unmittelbarer Anlaß war ein "Kampf zwischen Hooligans und einer türkischen Bande", so Polizeipräsident Bögl. (Bei der Auseinandersetzung am Söhngenplatz wurde ein Türke schwer verletzt) Alleine die Wortwahl zeigt, daß die Staatspolizei sich nicht alleine mit den Faschos beschäftigen wird. Sie wird sich mit türkischen und anderen Banden wohl "auch" befassen.

"Gezielte Streifungen" von Kriminalbeamten und Sicherheitswache unter dem Titel "Tatort Straße" konnten im August einen erheblichen Rückgang bei Autoeinbrüchen verzeichnen. Die verstärkten Zivilstreifen sollen im September gar die "Sicherheitsverhältnisse in diesem Bereich stabilisieren", so Wiens Polizeipräsident Bögl.

Die Gendarmerie-Sonderterroreinheit Cobra erhält in Wiener Neustadt eine neue Ausbildungs- und Einsatzzentrale. Der 650 Millionen teure Bau soll Ende 1992 fertiggestellt werden.

Zivile und uniformierte Polizisten werden demnächst mit zehn speziell (?) ausgerüsteten City-Bikes in Linz auf Streife fahren. Die Behörden versprechen sich "eine effizientere Überwachung in Gebieten, die mit dem Auto gar nicht oder nur schwer zu erreichen sind". Argumentiert wird weiters mit der "Jagd nach Exhibitionisten" in Naherholungsgebieten. Der Verweis auf Erfahrungen aus dem Ausland, wo "sogar Drogenhändler" von Drahtesel-Sheriffs verhaftet werden konnten zeigt das es nicht bei der Jagd auf Exhibitionisten bleiben wird. Vor allem werden wohl die bisher unkontrollierbaren RadfahrerInnen Recht und Ordnung zu spüren bekommen. In Wiener Neustadt und Salzburg befinden sich bereits Fahrräder in Polizeibesitz, der Einsatz scheiterte bisher am Widerstand der Personalvertreter. "Andere Städte dürften dem Beispiel der oberösterreichischen Hauptstadt folgen."●

Demo gegen Faschismus, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit Freitag, 5. Oktober, 18 Uhr Oper



Faschokandidatur verboten

(TATblatt-Wien)

Eine neonazistische Liste "Nein zur Ausländerflut" wollte in Wien, Salzburg und Vorarlberg (dort unter dem Namen "Liste Ausländer-STOP") kandidieren. In Wien wurden ausreichende 670 Unterstützungserklärungen eingereicht. Die Wahlbehörde verbot die Kandidatur.

Die Liste wird von folgenden Personen/Organisationen getragen:

Dr. Herbert Fritz, Vorsitzender der "Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde" und der "Sozialen Volksbewegung", Mitarbeiter der "Deutschen National-Zeitung", Mitinitiator der Liste "Ein Herz für Inländer", Herausgeber des Flugblatts "David Irving kommt", 1959 zehneinhalb Monate Untersuchungshaft wegen Südtirol-Attentate (später freigesprochen), 1967 Gründungsmitglied der NDP.

Horst Rosenkranz, war Mitglied der NDP, Mitarbeiter von "Ein Herz für Inländer".

Dr. Bruno Haas: Ehemals Bundesführer der "Aktion Neue Rechte" (ANR), derzeit Vorsitzender der "Partei für Recht und Ordnung" (Zeitschrift: "Neue Richtung"), 1984 zu 9 Monaten bedingt verurteilt.

Gerd Honsik, Vorsitzender der "Volksbewegung" (bekannt unter dem Namen "Ausländer-Halt-Bewegung"), Herausgeber der Zeitschrift "Halt", 1961 warf er eine Brandbombe gegen die italienische Botschaft, 1976 zu 15 Monaten verurteilt, Anmelder der "Nationalen Front" (NF), Herausgeber des Buches "Freispruch für Hitler? 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer" (Verkauf in Österreich verboten), über ein Postfach in Győr (Ungarn) dieses Jahr zum Kauf angeboten.●

Ein ausführlicher Bericht dazu war für diese Nummer geplant, entfällt leider wegen Umbau, Arbeitsüberlastung usw. Nächste Nummer gibts dann mehr darüber.

STAPO, STASI, CIA, alle ham's den gleichen Schmäh!

Einen Zwischenbericht zur "Aktion Akteneinsicht" des Innenministeriums legte die Arbeitsgemeinschaft Daten (ARGE Daten) vor. Sie nutzte die Gelegenheit, um Listen der gefährlichsten Organisationen, verdächtigsten Adressen und konspirativsten Lokale zu erstellen.

(ARGE DATEN, TATblatt Wien)

Hoffentlich gibt es niemanden, der oder die in der Arbeitergasse (1050 Wien) wohnt oder dort des öfteren FreundInnen besucht, gleichzeitig AktivistIn der "Antimilitaristischen Gruppe Wien" ist und außerdem gern 'mal im Rötstlitzchen vorbeisieht. Genannte Orte finden sich nämlich nicht nur in diesem TATblatt-Beitrag, sondern auch ganz besonders oft in staatspolizeilichen Akten wieder.

Die ARGE DATEN 34 staatspolizeiliche "Auskünfte" und 8 "Aussageverweigerungen" statistisch verarbeitet. Die Ergebnisse bieten keinerlei Ansatz für Optimismus.

Auffallend ist vor allem, daß der allergrößte Teil der angesammelten Daten nicht aus "dem Jahre Schnee" stammen und daher "ohne Bedeutung" wären, wie Innenminister Löschnak immer wieder betont hatte. Die ARGE DATEN konnte vielmehr eine Zunahme der polizeilichen Spitzeltätigkeit in den Achtzigern feststellen. Von den verarbeiteten "Auskünften" stammten über 70% aus den letzten 10 Jahren.

Auch die (an sich selbstverständliche) Annahme, daß die Verfolgungshandlungen der Polizei ausschließlich gegen das "jeweils aktuelle gesellschaftskritische Potential" (50er und 60er: KPÖ; 70er: Anti-AKW, Zivildienst, Internationalismus; 80er: Grüne, RadfahrerInnen, Anti-Militär und -Abfangjäger -AktivistInnen, Öko-Bereich und Aktivitäten von AusländerInnen) richteten, können nun statistisch belegt werden. "Auch deklarierte FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Angehörige ersuchten um Stapoauskünfte an. In den uns bekannten Fällen verliefen die Auskünfte negativ" (Zitat aus der Presseerklärung der ARGE DATEN).

Neben anderen zu erwartenden Ergebnissen wie etwa der Tatsache, daß die Polizei oftmals über persönliche Details Bescheid weiß oder dem Umstand, daß vielfach Informationen über völlig legale Aktivitäten wie Vereinszugehörigkeit, Wahlkandidaturen oder -unterstützungen, Reisetätigkeiten oder Teilnahme an Veranstaltungen staatspolizeilich protokolliert wurden und dieses nach Ansicht der ARGE DATEN gegen Art.8 der EMRK verstößt, sticht der polizeiliche Umgang mit Eintragungen bezüglich Verwaltungs- und Gerichtsverfahren ins Auge (autsch!). Neun mal wurde die Auskunft erteilt, daß entsprechende Verfahren anhängig gewesen seien. Nur in einem Fall aber wurde das Ergebnis des Verfahrens festge-

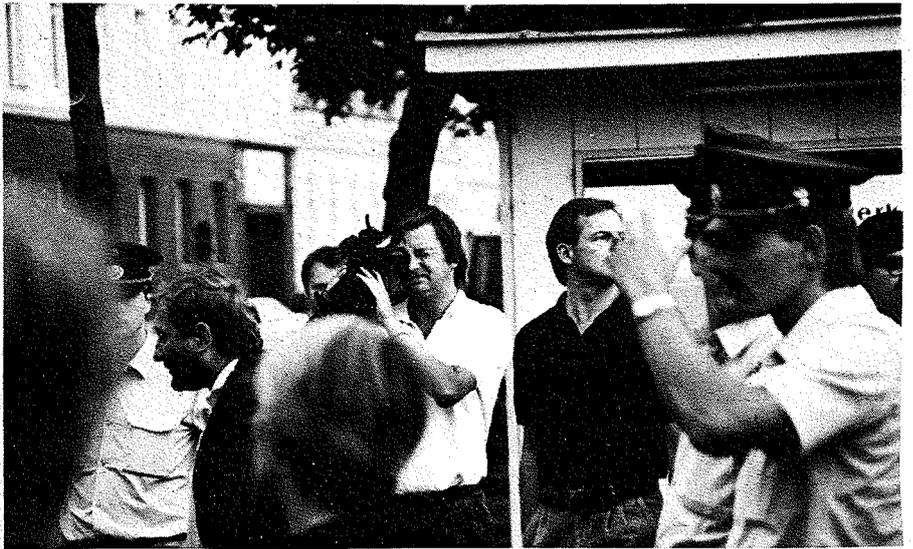
halten, in den anderen acht Fällen wurden die Beschuldigten nämlich jeweils freigesprochen!

Zum Schluß noch der Hinweis auf den ganz alltäglichen Rechtsbruch: Informationsperre!

Durchschnittlich benötigte die Staatspolizei 66 Tage zur Erledigung der Aus-

kunftsbegehren. Gesetzlich vorgesehen sind längstens 56.....!

Weitere Infos und Unterstützung bei nicht zufriedenstellenden Auskünften, die zum Nachboren veranlassen: ARGE DATEN, Liechtensteinstr.94, A-1090 Wien ●



...Unsere Akten gehören uns !

(Auszüge aus Flugblättern, gefunden vom TATblatt Wien)

Am 7.September besetzten etwa 50 Personen das Zentralarchiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin/Noch Hauptstadt („noch“ ist gut; Anm Korr-Leser), um den Abtransport der dort gelagerten Akten in die BRD zu verhindern. Nach einem mißglückten Räumungsversuch mittels Bereitschaftspolizei richteten die BesetzerInnen eine "Mahnwache" ein und traten in einen unbefristeten Hungerstreik. Ihre Aktion richtet sich vor allem gegen die Versuche Innenminister Diestels (ganz früher CDU, dann DSU, jetzt CDU), die selbst erkämpfte Beteiligung von BürgerInnenkomitees bei der Auflösung der Geheimdienste und der Benutzung der Stasi-Akten zurückzudrängen. Zu diesem Zweck ließ Diestel eigene, mit loyalen Parteigängern und Ministerialbeamten besetzte PseudobürgerInnenkomitees einrichten. Letzter Anlaß der Besetzungsaktion war die Tatsache, daß das erst am 24.August von der Volkskammer beschlossene Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten (welches eben die Beteiligung der Komitees und Einsichtsrecht in die Akten vorsah) nicht in

den Staatsvertrag zwischen DDR und BRD aufgenommen wurde und somit ein direkter Zugang bundesdeutscher Geheimdienste zu den Akten drohte.

Flugblatt vom 6.September 1990:

"Bürger, unsere Akten gehören uns! Die Regierung muß sie sofort herausgeben! Keine Vertuschung der Stasi-Vergangenheit durch Abtransport der Dokumente, weder nach Koblenz noch nach Moskau!

Aber das Hierbleiben der Akten nützt uns wenig, wenn sie weiterhin hinter Schloß und Riegel sind, und die Stasi-Leute u.a. auch in den Auflösungskomitees weiter wie bisher alles Belastende daraus vernichten und somit die schmutzige Vergangenheit des SED-Regimes vertuschen können.

Keine neuen Privilegien für die alten Schnüffler in der jetzigen und zukünftigen Wirtschaft und Verwaltung.

Deshalb:

- Verwaltung der Stasi-Dokumente durch unabhängige Komitees
- Raus mit allen Ex-Stasis aus den Auflösungskomitees
- Neubildung der Auflösungskomite-

es:

Alle Personen, die Zugang zu den Stasi-Akten haben bzw. in Zukunft haben sollen, sind zu überprüfen. Ihre Akten müssen eindeutig beweisen, daß sie nicht für die Stasi tätig waren. Sind Akten von Mitgliedern des Auflösungskomitees nicht auffindbar, dürfen diese Personen nicht bzw nicht mehr in diesem Komitee tätig sein.

- Einsicht in die Akten aller Regierungsmitglieder und Parlamentarier — Stasi-Mitarbeiter sofort entlassen!

- Sofortige Herausgabe der Personakten an alle Bürger, die das beantragen — Vorherige Einsichtnahme durch die Komitees!

- Juristische Verfolgung der Stasi-Verbrechen(...)

Erklärung vom 7. September 1990:

"Innenminister Diestel hat durch seine Beamte Eichhorn Strafanzeige wegen Hausfriedensbruches gegen uns, die 21 BesetzerInnen, erstattet. Es stimmt, wir haben uns in einem Nebengebäude des Zentralarchivs der Staatssicherheit festgesetzt. Der Sinn dieser Aktion ist öffentlich bekannt. (...)

Das Wort Hausfriedensbruch ist geeignet, in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck zu erwecken. Wir sind nicht in ein normales Haus eingedrungen, sondern in den Riesengebäudekomplex einer verbrecherischen Organisation, die liquidiert werden soll. Auch irgendein Friede konnte nicht gebrochen werden. Hier schwelt ein stiller Krieg um die Frage, ob und wie die Akten der Stasi vernichtet oder gebraucht oder mißbraucht werden. (...)

Wir wissen sehr wohl, daß unsere Aktion eine Ordnungswidrigkeit ist und sogar als Rechtsbruch hingestellt werden kann. Aber in Abwägung der Verhältnismäßigkeit unseres Handelns wissen wir, daß das Schicksal der Stasi-Akten schwerer wiegt als diese im Grunde friedliche politische Demonstration. (...) Wir werden hier ausharren, solange wir die Hoffnung haben, daß sich doch noch Politiker in Ost und West finden, die das zugeschnürte Paket des Staatsvertrages noch einmal öffnen. Das von der frei gewählten Volkskammer beschlossene Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten soll dem Einigungsvertrag eingefügt werden. (...)"

Erklärung vom 8. September 1990:

"Die Presseinformation des Ministeriums des Inneren vom 7.9.90 ist der untaugliche Versuch, durch Pseudowahrheiten, Verquickung nicht zusammengehörender und Entkoppelung zusammengehörender Kompetenzen sowie durch Diffamierung der aufopfernden Tätigkeit der Bürgerkomitees Innenminister Diestel von seiner politischen Verantwortung für die fortlaufenden Behinderungen der restlosen Auflösung des MfS/AfNS freizusprechen.

1. Es ist falsch, daß die Auflösung des MfS/AfNS (Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit; Anmerkung TATblatt) anfänglich ungeordnet verlief. Im Gegenteil, sie verlief völlig geordnet innerhalb der bestehenden Befehlsstrukturen des "AfNS in Auflösung" — und daran hat sich auch nach dem Amtsantritt von Herrn Diestel überhaupt nichts geändert! Es waren nicht, wie Herr Diestel über seine Presseabteilung fälschlich glauben machen will, die Bürgerkomitees, die die Unordnung organisierten, sondern die Stasi-Generalität im "AfS in Auflösung". Sie organisierte die hastige Überführung der Akten der Kreisdienststellen in die Bezirksverwaltungen. Sie organisierte die Vernichtung und Umlagerung der Akten,



was macht Wien Magister Zander in der DDR?
Nähere Informationen: (0222) 133.

lange bevor Bürgerkomitees etc. mit der zivilen Kontrolle begannen. (...)

2. Es ist wahr, daß die Kontrolle der Selbstauflösung des MfS/AfNS durch die Bürgerkomitees, den zentralen runden Tisch und seine Arbeitsgruppe Sicherheit insofern 'ungeordnet' war, als es den Mitgliedern dieser Gremien anfänglich an Kenntnissen über Arbeitsweisen und Strukturen des MfS/AfNS mangelte. Es ist nun einmal ein in der Geschichte erstmaliger Vorgang, daß BürgerInnen einen schier allmächtigen Geheimdienst auflösen. Inzwischen haben sich die zivilen "AuflöserInnen" hinreichende Kenntnisse angeeignet. Von denen hat Herr Diestel jedoch zielstrebig keinen Gebrauch gemacht. (...)

3. Zu den sogenannten inhaltlichen Schwerpunkten:

- Unerfindlich bleibt, wer sich im Verantwortungsbereich des MdI mit Fragen der Rehabilitierung und des Schadensersatzes befaßt. Im Komitee zur Auflösung

des AfNS gibt es zwar einen großen Bereich für personelle und soziale Fragen, er befaßt sich aber vorrangig mit der sozialen Sicherstellung ehemaliger MfS-Jer und nur nebenher werden auch Geschädigte angehört.

- Anträge auf Akteneinsicht bzw. deren Aushändigung werden vom Innenminister und seinem Komitee entsprechend der geltenden Rechtslage stets abschlägig beschieden — ausgenommen es erscheinen Prominente oder das Bundeskriminalamt (...)."

Unter dem Druck der BesetzerInnen, den von vielen Seiten (ausdrücklich werden von den BesetzerInnen sogar Vopos als Sympathisanten erwähnt) Sympathie entgegengebracht wird, mußte o.a. Vertrag

doch noch einmal verhandelt werden. Dabei konnte, ein erster Erfolg, die Lagerung der Akten auf dem Gebiet der heutigen DDR und eine Verweigerung der Akteneinsicht für BRD-Geheimdienste, erreicht werden. Der Hungerstreik geht aber trotzdem weiter.

Noch nicht durchgesetzt werden konnte das uneingeschränkte Recht auf Einsicht in die "eigene" Akte sowie die "Rehabilitierung" von Stasi-Opfern (ein anderes von der Volkskammer beschlossenes Gesetz, das "Rehabilitierungsgesetz", ist ebenfalls nicht in den Staatsvertrag aufgenommen worden).

Und schließlich befürchten die BesetzerInnen, daß Behörden wie Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt oder Verfassungsschutz (formal kein Geheimdienst) Zugang zum Akteninhalt erwirken könnten und so z.B. Informationen über AktivistenInnen der DDR-Bürgerrechtsbewegung sammeln und später zu deren Bekämpfung heranziehen könnten. ●

STAPO, STASI, CIA, alle ham's den gleichen Schmäh!

Einen Zwischenbericht zur "Aktion Akteneinsicht" des Innenministeriums legte die Arbeitsgemeinschaft Daten (ARGE Daten) vor. Sie nutzte die Gelegenheit, um Listen der gefährlichsten Organisationen, verdächtigsten Adressen und konspirativsten Lokale zu erstellen.

(ARGE DATEN, TATblatt Wien)

Hoffentlich gibt es niemanden, der oder die in der Arbeitergasse (1050 Wien) wohnt oder dort des öfteren FreundInnen besucht, gleichzeitig AktivistIn der "Antimilitaristischen Gruppe Wien" ist und außerdem gern 'mal im Rotstilzchen vorbeisieht. Genannte Orte finden sich nämlich nicht nur in diesem TATblatt-Beitrag, sondern auch ganz besonders oft in staatspolizeilichen Akten wieder.

Die ARGE DATEN 34 staatspolizeiliche "Auskünfte" und 8 "Aussageverweigerungen" statistisch verarbeitet. Die Ergebnisse bieten keinerlei Ansatz für Optimismus.

Auffallend ist vor allem, daß der allergrößte Teil der angesammelten Daten nicht aus "dem Jahre Schnee" stammen und daher "ohne Bedeutung" wären, wie Innenminister Löschnak immer wieder betont hatte. Die ARGE DATEN konnte vielmehr eine Zunahme der polizeilichen Spitzeltätigkeit in den Achtzigern feststellen. Von den verarbeiteten "Auskünften" stammten über 70% aus den letzten 10 Jahren.

Auch die (an sich selbstverständliche) Annahme, daß die Verfolgungshandlungen der Polizei ausschließlich gegen das "jeweils aktuelle gesellschaftskritische Potential" (50er und 60er: KPÖ; 70er: Anti-AKW, Zivildienst, Internationalismus; 80er: Grüne, RadfahrerInnen, Anti-Militär und -Abfangjäger -AktivistInnen, Öko-Bereich und Aktivitäten von AusländerInnen) richteten, können nun statistisch belegt werden. "Auch deklarierte FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Angehörige ersuchten um Stapoauskünfte an. In den uns bekannten Fällen verliefen die Auskünfte negativ" (Zitat aus der Presseerklärung der ARGE DATEN).

Neben anderen zu erwartenden Ergebnissen wie etwa der Tatsache, daß die Polizei oftmals über persönliche Details Bescheid weiß oder dem Umstand, daß vielfach Informationen über völlig legale Aktivitäten wie Vereinszugehörigkeit, Wahlkandidaturen oder -unterstützungen, Reisetätigkeiten oder Teilnahme an Veranstaltungen staatspolizeilich protokolliert wurden und dieses nach Ansicht der ARGE DATEN gegen Art.8 der EMRK verstößt, sticht der polizeiliche Umgang mit Eintragungen bezüglich Verwaltungs- und Gerichtsverfahren ins Auge (autsch!). Neun mal wurde die Auskunft erteilt, daß entsprechende Verfahren anhängig gewesen seien. Nur in einem Fall aber wurde das Ergebnis des Verfahrens festge-

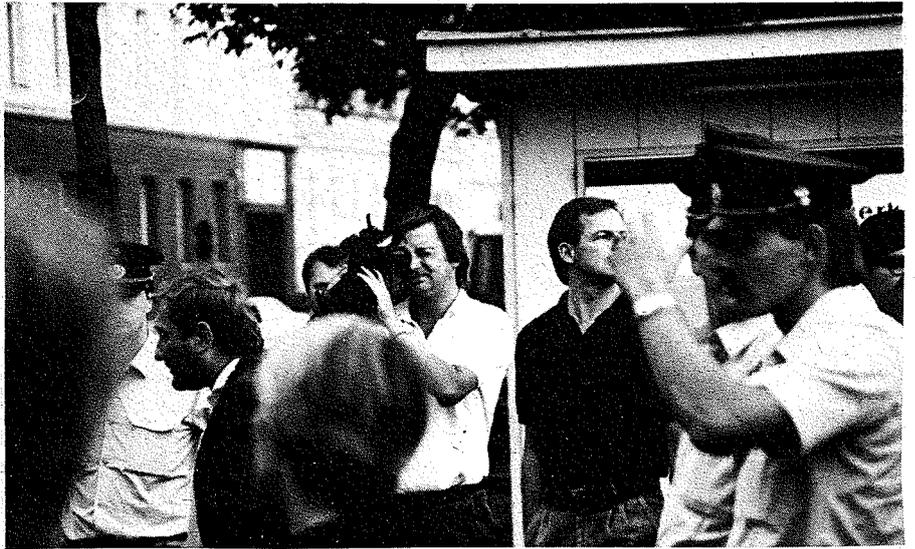
halten, in den anderen acht Fällen wurden die Beschuldigten nämlich jeweils freigesprochen!

Zum Schluß noch der Hinweis auf den ganz alltäglichen Rechtsbruch: Informationssperre!

Durchschnittlich benötigte die Staatspolizei 66 Tage zur Erledigung der Aus-

kunftsbegehren. Gesetzlich vorgesehen sind längstens 56.....!

Weitere Infos und Unterstützung bei nicht zufriedenstellenden Auskünften, die zum Nachboren veranlassen: ARGE DATEN, Liechtensteinstr.94, A-1090 Wien ●



...Unsere Akten gehören uns !

(Auszüge aus Flugblättern, gefunden vom TATblatt Wien)

Am 7.September besetzten etwa 50 Personen das Zentralarchiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin/Noch Hauptstadt („noch“ ist gut; Anm Korr-Leser), um den Abtransport der dort gelagerten Akten in die BRD zu verhindern. Nach einem mißglückten Räumungsversuch mittels Bereitschaftspolizei richteten die BesetzerInnen eine "Mahnwache" ein und traten in einen unbefristeten Hungerstreik. Ihre Aktion richtet sich vor allem gegen die Versuche Innenminister Diestels (ganz früher CDU, dann DSU, jetzt CDU), die selbst er kämpfte Beteiligung von BürgerInnenkomitees bei der Auflösung der Geheimdienste und der Benutzung der Stasi-Akten zurückzudrängen. Zu diesem Zweck ließ Diestel eigene, mit loyalen Parteigängern und Ministerialbeamten besetzte Pseudo-BürgerInnenkomitees einrichten. Letzter Anlaß der Besetzungsaktion war die Tatsache, daß das erst am 24.August von der Volkskammer beschlossene Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten (welches eben die Beteiligung der Komitees und Einsichtsrecht in die Akten vorsah) nicht in

den Staatsvertrag zwischen DDR und BRD aufgenommen wurde und somit ein direkter Zugang bundesdeutscher Geheimdienste zu den Akten drohte.

Flugblatt vom 6.September 1990:

"Bürger, unsere Akten gehören uns! Die Regierung muß sie sofort herausgeben! Keine Vertuschung der Stasi-Vergangenheit durch Abtransport der Dokumente, weder nach Koblenz noch nach Moskau!

Aber das Hierbleiben der Akten nützt uns wenig, wenn sie weiterhin hinter Schloß und Riegel sind, und die Stasi-Leute u.a. auch in den Auflösungskomitees weiter wie bisher alles Belastende daraus vernichten und somit die schmutzige Vergangenheit des SED-Regimes vertuschen können.

Keine neuen Privilegien für die alten Schnüffler in der jetzigen und zukünftigen Wirtschaft und Verwaltung.

Deshalb:

- Verwaltung der Stasi-Dokumente durch unabhängige Komitees
- Raus mit allen Ex-Stasis aus den Auflösungskomitees
- Neubildung der Auflösungskomitees

es:

Alle Personen, die Zugang zu den Stasi-Akten haben bzw. in Zukunft haben sollen, sind zu überprüfen. Ihre Akten müssen eindeutig beweisen, daß sie nicht für die Stasi tätig waren. Sind Akten von Mitgliedern des Auflösungskomitees nicht auffindbar, dürfen diese Personen nicht bzw nicht mehr in diesem Komitee tätig sein.

- Einsicht in die Akten aller Regierungsmitglieder und Parlamentarier — Stasi-Mitarbeiter sofort entlassen!

- Sofortige Herausgabe der Personakten an alle Bürger, die das beantragen — Vorherige Einsichtnahme durch die Komitees!

- Juristische Verfolgung der Stasi-Verbrechen(...)

Erklärung vom 7. September 1990:

"Innenminister Diestel hat durch seine Beamte Eichhorn Strafanzeige wegen Hausfriedensbruches gegen uns, die 21 BesetzerInnen, erstattet. Es stimmt, wir haben uns in einem Nebengebäude des Zentralarchivs der Staatssicherheit festgesetzt. Der Sinn dieser Aktion ist öffentlich bekannt. (...)

Das Wort Hausfriedensbruch ist geeignet, in der Öffentlichkeit einen falschen Eindruck zu erwecken. Wir sind nicht in ein normales Haus eingedrungen, sondern in den Riesengebäudekomplex einer verbrecherischen Organisation, die liquidiert werden soll. Auch irgendein Friede konnte nicht gebrochen werden. Hier schwelt ein stiller Krieg um die Frage, ob und wie die Akten der Stasi vernichtet oder gebraucht oder mißbraucht werden. (...)

Wir wissen sehr wohl, daß unsere Aktion eine Ordnungswidrigkeit ist und sogar als Rechtsbruch hingestellt werden kann. Aber in Abwägung der Verhältnismäßigkeit unseres Handelns wissen wir, daß das Schicksal der Stasi-Akten schwerer wiegt als diese im Grunde friedliche politische Demonstration. (...) Wir werden hier ausharren, solange wir die Hoffnung haben, daß sich doch noch Politiker in Ost und West finden, die das zugeschnürte Paket des Staatsvertrages noch einmal öffnen. Das von der frei gewählten Volkskammer beschlossene Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Akten soll dem Einigungsvertrag eingefügt werden. (...)"

Erklärung vom 8. September 1990:

"Die Presseinformation des Ministeriums des Inneren vom 7.9.90 ist der untaugliche Versuch, durch Pseudowahrheiten, Verquickung nicht zusammengehörender und Entkoppelung zusammengehörender Kompetenzen sowie durch Diffamierung der aufopfernden Tätigkeit der Bürgerkomitees Innenminister Diestel von seiner politischen Verantwortung für die fortlaufenden Behinderungen der restlosen Auflösung des MfS/AfNS freizusprechen.

1. Es ist falsch, daß die Auflösung des MfS/AfNS (Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit; Anmerkung TATblatt) anfänglich ungeordnet verlief. Im Gegenteil, sie verlief völlig geordnet innerhalb der bestehenden Befehlsstrukturen des "AfNS in Auflösung" — und daran hat sich auch nach dem Amtsantritt von Herrn Diestel überhaupt nichts geändert! Es waren nicht, wie Herr Diestel über seine Presseabteilung fälschlich glauben machen will, die Bürgerkomitees, die die Unordnung organisierten, sondern die Stasi-Generalität im "AfS in Auflösung". Sie organisierte die hastige Überführung der Akten der Kreisdienststellen in die Bezirksverwaltungen. Sie organisierte die Vernichtung und Umlagerung der Akten,



was macht Wien Magister Zander in der DDR?
Nähere Informationen: (0222) 133.

lange bevor Bürgerkomitees etc. mit der zivilen Kontrolle begannen. (...)

2. Es ist wahr, daß die Kontrolle der Selbstauflösung des MfS/AfNS durch die Bürgerkomitees, den zentralen runden Tisch und seine Arbeitsgruppe Sicherheit insofern 'ungeordnet' war, als es den Mitgliedern dieser Gremien anfänglich an Kenntnissen über Arbeitsweisen und Strukturen des MfS/AfNS mangelte. Es ist nun einmal ein in der Geschichte erstmaliger Vorgang, daß BürgerInnen einen schier allmächtigen Geheimdienst auflösen. Inzwischen haben sich die zivilen "AuflöserInnen" hinreichende Kenntnisse angeeignet. Von denen hat Herr Diestel jedoch zielstrebig keinen Gebrauch gemacht. (...)

3. Zu den sogenannten inhaltlichen Schwerpunkten:

- Unerfindlich bleibt, wer sich im Verantwortungsbereich des MdI mit Fragen der Rehabilitierung und des Schadensersatzes befaßt. Im Komitee zur Auflösung

des AfNS gibt es zwar einen großen Bereich für personelle und soziale Fragen, er befaßt sich aber vorrangig mit der sozialen Sicherstellung ehemaliger MfS-ler und nur nebenher werden auch Geschädigte angehört.

- Anträge auf Akteneinsicht bzw. deren Aushändigung werden vom Innenminister und seinem Komitee entsprechend der geltenden Rechtslage stets abschlägig beschieden — ausgenommen es erscheinen Prominente oder das Bundeskriminalamt (...)"

Unter dem Druck der BesetzerInnen, den von vielen Seiten (ausdrücklich werden von den BesetzerInnen sogar Vopos als Sympathisanten erwähnt) Sympathie entgegengebracht wird, mußte o.a. Vertrag

doch noch einmal verhandelt werden. Dabei konnte, ein erster Erfolg, die Lagerung der Akten auf dem Gebiet der heutigen DDR und eine Verweigerung der Akteneinsicht für BRD-Geheimdienste, erreicht werden. Der Hungerstreik geht aber trotzdem weiter.

Noch nicht durchgesetzt werden konnte das uneingeschränkte Recht auf Einsicht in die "eigene" Akte sowie die "Rehabilitierung" von Stasi-Opfern (ein anderes von der Volkskammer beschlossenes Gesetz, das "Rehabilitierungsgesetz", ist ebenfalls nicht in den Staatsvertrag aufgenommen worden).

Und schließlich befürchten die BesetzerInnen, daß Behörden wie Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt oder Verfassungsschutz (formal kein Geheimdienst) Zugang zum Akteninhalt erwirken könnten und so z.B. Informationen über AktivistenInnen der DDR-Bürgerrechtsbewegung sammeln und später zu deren Bekämpfung heranziehen könnten. ●

Schweiz Sie Organisieren Sich.....

Dieser Artikel ist der in Bern erscheinenden Zeitung "Megaphon" entnommen. Wir drucken ihn ab, weil er sehr gut eine Richtung politischer Aktivität skizziert, von der auch wir in Österreich leider betroffen sind. Die Parallelen sind deutlich: Die Schweiz ist als "neutraler Staat" von der Formierung der EG bedroht, hat gerade ihren eigenen Stapo-Skandal (Fichenskandal) hinter sich und steht dafür knapp vor einer Volkszählung (Dezember '90). Auffällig ist aber auch das gemeinsame Interesse der HERRschenden dies- und jenseits des Rheins, die "liberale Linke" für sich zu gewinnen. Als Parallele zur "Initiative SOS" fallen uns die populistischen Pütz'schen Selbstdarstellungsfestspiele (deren Folge das Polizeibedürfnisgesetz ist) anlässlich der verschiedenen parlamentarischen Ausschüsse oder die Tatsache, daß sich etwa der "Republikanische Club" FÜR die EXPO 95 stark macht, ein.

(Megaphon; Schweiz)

Sie organisieren sich für ein Europa der HERRschenden, der Großkonzerne und des internationalen Kapitals. Der "Sicherheitsapparat" wird umstrukturiert und aufgerüstet. Der "Fichenskandal" lenkt davon ab. Die Bevölkerung wird beruhigt, indem ihnen die Fichen zugestellt werden. Mit der SOS-Initiative schiesst das Komitee gegen den Schnüffelstaat nun ein Eigengoal. "Fichenskandal", SOS-Initiative und Volkszählung '90 sind wichtige Schritte in Richtung EG '92.

Das Schreckgespenst Überwachungsstaat, vor dem linke und radikale Kräfte seit Jahrzehnten nicht nur warnen, sondern gegen das sie auch kämpfen, ist durch die Enthüllungen der letzten Monate ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezerrt worden.

Mit Gespenst hat das allerdings nichts zu tun: Die Tatsachen widerspiegeln die Realität des parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaats; jahrzehntelange Bespitzelungen!

Mit Schreck hat es aber sehr wohl zu tun: Vielleicht sind die AktivistInnen der verschiedenen Bewegungen mehr darüber erschrocken, daß sie sich Sand in die Augen streuen liessen, als durch die Tatsache, daß jetzt klar ist: Sie sind registriert, in Bern oder Zürich oder Genf (oder Wien,...Anm.TATblatt)als Andersdenkende, als Staatsfeinde.

Seit der Ablehnung des koordinierten Informationssystems (KIS) haben verschiedene Bundesämter und Kantone Schritt für Schritt bereits zahlreiche Computersysteme eingeführt. Während die Öffentlichkeit nun mit dem "Fichenskandal" beschäftigt ist, sind jetzt auch Bundespolizei und Zentralbüro der Bundesanwaltschaft damit beschäftigt, auf Computertechnologie umzustellen. Deshalb schmerzt es die Herrschenden auch nicht, wenn sie jetzt ihre veralteten Fichen herausrücken müssen — es sind Relikte vergangener Zeiten. Das Informationspotential, daß diese verschiedenen Computersysteme vernetzt darstellen, ist weit größer und gefährlicher, als es das damals abgelehnte KIS je hätte sein können.

Erneuert wird aber nicht nur auf der technologischen Ebene, auch ideologisch müssen sie gewisse Aspekte neu werten: Alte Feindbilder korrigieren, respektive den kommenden Entwicklungen anpassen. Beispielsweise werden angesichts der ver-

änderten Lage in Osteuropa Reisende in diese Länder in Zukunft wohl kaum mehr generell als Staatsfeinde betrachtet werden. Andererseits werden mit dem Vorantreiben der neuen Technologien (Computer-, Gen-, Repro- und Biotechnologie) jetzt die Frauen und Männer, die sich damit kritisch auseinandersetzen, zu Staatsfeinden erklärt werden.

Vereint lancieren nun linke und liberale Parteien und Organisationen und sogar Gruppen der außerparlamentarischen Linken eine Initiative mit dem Titel "Schweiz ohne Schnüffelpolizei". Damit wird das Bild vermittelt, man/frau könne mittels einer Initiative Einfluß nehmen, Veränderungen herbeiführen und bestehende "Auswüchse" abschaffen. Dem Staat, der via Herausrücken der Fichen an der Befriedigung des Volkszorns über den "Skandal" arbeitet ("Die Demokratie wird wieder hergestellt"), wird so unter die Arme gegriffen, denn die Initiative weckt Illusionen und lenkt von dem ab, was hinter den Kulissen läuft: der Aufrüstung des gesamten Sicherheitssystems.

Die Initiative besagt:

"1. Die politische Polizei ist abgeschafft."

Es ist eine Illusion anzunehmen, der Staat sei bereit, seine Sicherheitsvorkehrungen einzuschränken und das ausgerechnet in einer Zeit, in der er große Umstrukturierungen vornimmt, empfindliche Technologien einführt und somit sein Sicherheitsbedürfnis steigt. Auch der "Volkswille" würde ihn nicht bewegen. Vielleicht müßten wegen der Initiative gewisse interne Umstrukturierungen vorgenommen werden, womit der Polizeiapparat für uns sicher nicht übersichtlicher würde, aber ganz bestimmt leistungsfähiger.

"2. Niemand darf bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden."

Noch nie hatte der Staat ein Interesse, seine politischen Feinde im Inneren als solche anzuerkennen. Schon immer wurden politische Handlungen strafrechtlich verfolgt. Entsprechend ist das Strafrecht immer seinen politischen Bedürfnissen angepasst worden. So werden beispielsweise streikende ArbeiterInnen nicht bestraft, weil sie ein politisches Kampfmittel anwenden, sondern strafrechtlich verfolgt wegen Verletzung des Gesamtarbeitsver-

trags, wegen Haus- oder Landfriedensbruchs, wegen Nötigung etc.. Bei einer allfälligen bundespolizeilichen Überwachung wird deshalb auch immer der strafrechtliche Aspekt vorgeschoben werden können.

"3. Die Verfolgung strafbarer Handlungen bleibt vorbehalten".

Damit wird oben beschriebene Tendenz, politische Handlungen zu kriminalisieren, zementiert: Es bleibt alles beim alten, sie werden politische AktivistInnen — nach wie vor — überwachen und kriminalisieren können. "Recht" bleibt "Recht" und "Unrecht" bleibt "Unrecht". D.h. wenn Frauen und Männer sich gegen Luxussanierungen und Stadtzerstörung zur Wehr setzen und ein Haus besetzen, ist das Unrecht. Aber wenn ein Spekulant die MieterInnen auf die Straße setzt, das Haus leersteht und zerfällt, dann ist das "Recht". D.h. wenn FeministInnen die Schaufenster von Sexshops einschlagen, dann ist das "Unrecht". Aber wenn die Pornoindustrie die Verfügungsgewalt von Männern über Frauen propagiert, wenn der Mann seine Frau vergewaltigt, ist das "Recht".

Es dient nur den Herrschenden, wenn die Initiative die bestehende Spaltung in sogenannten "legal" und "illegal" politisch Aktive unterstützt.

"Für ein soziales Europa"

Einmal mehr lassen sich Gewerkschaften und linke Parteien gegen ihre Interessen instrumentalisieren: Durch ihre Mitarbeit am Projekt EG 92 sollen sie korrigierend eingreifen, die größten "Auswüchse" bekämpfen und die Akzeptanz fördern, indem sie dem ganzen einen "sozialen" Anstrich geben.

Die Initiative zur EG 92 kam von den Großunternehmen. Mittels Senkung der Reallöhne, niedrigen Steuern für Unternehmer, Lockerung von Beschäftigungsvorschriften und Flexibilisierung von Arbeitszeiten soll ein investitionsfreundliches Klima und somit Wirtschaftswachstum und Profit erreicht werden. Durch die Binnenmarktdynamik und die damit verbundene Fusionswelle und dem Verdrängungswettbewerb von Unternehmen und umgekehrt, durch die zunehmende Konkurrenz um die nationalen und regionalen Standorte für Forschung und Produktion können eine Reihe lästiger Beschränkungen weggefegt werden.

Die Bestimmungen des Arbeitsschutzes, der Sozialleistungen, des Arbeits- und Sozialrechts, des Umwelt- und VerbraucherInnenschutzes sind in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, je nach politischer Konstellation und Kräfteverhältnissen.

Je freier der Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften nun wird, desto schwieriger wird es werden, nationale und regionale Regelungen, die oft hart erkämpft wurden, aufrecht zu erhalten, wenn sie die Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Standortes begrenzen. Wenn in Belgien am Wochenende gearbeitet wird, wenn in Frankreich schwächere Umweltbestimmungen bestehen, können sich andere Länder strengere auch nicht mehr leisten etc etc.

Sie organisieren sich, Das Projekt EG 92 ist von den Interessen der Herrschenden geprägt, ebenso wie oben beschriebene Veränderungen in der Schweiz. Nicht zufällig entsprechen schweizerische Sicherheitskonzepte europäischen Normen. Die

politische Polizei rüstet auf, die Initiative SOS läuft an und im Herbst 1990 beginnt die Volkszählung '90. Die OrganisatorInnen der Volkszählung haben sich gut vorbereitet: Mit gezielter Werbung soll eine breite Akzeptanz geschaffen werden und auf strafrechtlicher Ebene werden Vorkehrungen getroffen, die einen potentiellen (politischen!) Widerstand im Keim ersticken, sprich kriminalisieren sollen.

Wenn es dem Staat gelingt, Frauen und Männer erfassungsmäßig (abgedeckt durch den Sicherheitsapparat) und planungsmäßig (abgedeckt durch die Volkszählungsergebnisse) in den Griff zu bekommen, ist ein großer Schritt auf dem Weg zu einer langfristigen HERRschaftssicherung gegeben.

Sie organisieren sich. Aber auch wir organisieren uns!

Keine Initiative kann dieses System grundlegend verändern. Dieser Staat ist nicht reformierbar. Widerstand, der dieses

System grundlegend in Frage stellt, wird von den HERRschenden immer kriminalisiert und mit den verschiedenen Methoden der Aufstandsbekämpfung angegriffen werden. Um Sand ins Getriebe des Projekts der langfristigen HERRschaftssicherung zu streuen, müssen wir uns organisieren, d.h. in den verschiedenen Zusammenhängen und Bewegungen verbindliche Strukturen aufbauen. Denn nur gemeinsam und kollektiv können wir die Pläne der HERRschenden bekämpfen.

**VERLIERT DIE ILLUSIONEN!!
DIESER STAAT IST NICHT REFORMIERBAR!!
BOYKOTTIEREN WIR DIE SOS-INITIATIVE!!
BOYKOTTIEREN WIR DIE VOLKSZÄHLUNG!!
SOLIDARITÄT MIT ALLEN KÄMPFENDEN FRAUEN UND MÄNNERN WELTWEIT!!!**

Todesstrafe für schwarzen Aktivisten in den USA

(TATblatt Wien; Was lefft)

Am 3. Juli 1982 wurde Mumia Abu-Jamal, US-amerikanischer Journalist und ehemaliges Mitglied der Black Panther wegen angeblichem Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Nachdem diese Urteil im Jänner 1990 vom obersten Gerichtshof des Staates Pennsylvania bestätigt worden war, ist das Leben Mumia's in allerhöchster Gefahr.

Mumia war bereits mit 16 "Informationsminister" der Black Panther in Pennsylvania. Nach Zerschlagung des schwarzen Widerstandes wurde er ein bekannter Journalist schwarzer Zeitungen und Radiostationen, an dem sich die weiße Öffentlichkeit spaltete: Seine Wahl zum Präsidenten der schwarzen Journalistenvereinigung im Jahr 1980 trug ihm bei liberalen Zeitungen den Titel "Stimme der Entrechteten" ein. Der weiße Bürgermeister von Philadelphia aber sah stellvertretend für viele Weiße in Mumia Abu-Jamal eine "neue Ausgeburt des Journalismus, die um jeden Preis vernichtet werden muß".

Die Gelegenheit zur Vernichtung bot sich bald ein halbes Jahr später: Im Verlauf einer Razzia wurde Mumia durch einen Bauchschuß schwer verletzt, ein Polizist — aller Wahrscheinlichkeit nach aus der Pistole eines Kollegen — erschossen.

Während Mumias Prozeß war er selbst die meiste Zeit ausgeschlossen; sein



Wahlverteidiger wurde vom Gericht abgelehnt, entlastende ZeugInnen eingeschüchert. Beweise seiner "Schuld" gibt es bis heute keine. Die waren auch nicht notwendig. Zur Verurteilung Mumias reichte nämlich der Einwurf des Staatsanwaltes, daß die "Tat" der politischen Überzeugung Mumias entspreche.

Nur noch eine Instanz, jene des obersten Bundesgerichtshofes, kann das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal aufheben. Da sich die Öffentlichkeit für diesen Fall potentiellen politischen Mordes an einem Oppositionellen in den USA im letzten Jahr zu interessieren begonnen hat,

hoffen die StreiterInnen für Mumias Freiheit mittels ebensolcher Kampagne doch noch zum Ziel zu kommen.

Ein neuerlicher Prozeß könnte etwa auch vom Gouverneur von Pennsylvania angeordnet werden.

In den USA läuft daher gerade eine Briefkampagne, mit der ebenjener Gouverneur zur Anordnung eines neuerlichen Prozesses aufgefordert werden soll. Eventuelle Telegramme oder Briefe könnt ihr an folgende

Adressen richten:

Mumia Abu-Jamal, M-8355, Drawer R, Huntingdon, PA 16652; USA

Gouverneur Robert Casey, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg PA 17210 USA

oder
Botschaft der USA, Boltzmanngasse 16, A-1090 Wien

...damit Waldheim nicht als einziger Österreicher auf der watchlist steht...●

Mohawks Der Golfplatz im Schatten der Golfkrise

Neben fallenden Mauern und Aufbruch zum Krieg am Golf, werden andere Konflikte leicht zu Nebenschauplätzen des Weltgeschehens. Ein Beispiel dafür ist ein Aufstand der Indianer Kanadas, der entgegen anderslautenden Meldungen keineswegs vor zwei Wochen "beigelegt" wurde.

(TATblatt-Wien,
Gesellschaft für bedrohte Völker)

Nächstes Jahr wird Amerika das 500. Jahr seiner Entdeckung (durch den weißen "Mann") feiern. Offiziell wird für die UreinwohnerInnen Amerikas kein Platz bei diesen Feierlichkeiten sein, da sie schon immer höchstens "im Weg" waren. Das Verhältnis der "Entdecker" zu den IndianerInnen Nordamerikas zeigt sich nun sehr deutlich in Kanada. Und das obwohl Kanada mit seinen ca. 600.000 IndianerInnen noch eher als Land galt, das sich seiner indianischen Vergangenheit bewußt war (im Vergleich zu den USA zumindest).

Den Ausschlag für den jüngsten Konflikt gab ein Golfplatz. Einer der vielen Golfplätze (über 20) in der Umgebung Montreals sollte vergrößert werden — und zwar auf einem Gebiet, das den Mohawks nicht nur zugesprochen war, sondern für sie als besonders wichtig galt (unter anderem durch den sich dort befindlichen Friedhof). Die Mohawks versuchten lange Zeit sich der "Enteignung" zu widersetzen, schließlich auch durch aktiven Widerstand. Dabei brach die gesamte Problematik der Zustände auf, in denen die IndianerInnen leben müssen.

Quebec, die Provinz, in der Kahnawake (das umstrittene Gebiet) liegt, steht selbst mit der kanadischen Regierung im Konflikt um seine Souveränität, und hat wahrscheinlich aus der eigenen Erfahrung heraus als einzige Provinz Kanadas die IndianerInnen als "eigene Nationen" definiert. Das hat den konservativen Landeshauptmann jedoch nicht gehindert, die IndianerInnen gegen die Nationalregierung auszuspielen, indem er die "Indianerfrage" als nationale Angelegenheit bezeichnete.

Nachdem bei einem der Zusammenstöße im Juli ein Polizist der Sicherheitskräfte von Quebec unter mysteriösen Umständen getötet wurde, entsandte die Regierung in Ottawa Soldaten in die Region (auf Wunsch der Provinzregierung). Die IndianerInnen bildeten Blockaden, das Militär belagerte mit 4000 Soldaten das "Reservat". Dabei kam es zu etlichen Übergriffen durch Militärs und Polizei, die weder Nahrungsmittel noch Medizin und Rettungswagen ins Gebiet ließen, die Telefonleitungen kappte, Filme konfiszierte und das Gebiet zur Sperrzone erklärte. So durften weder nationale noch internationale Kommissionen die IndianerInnen besuchen, noch der Großteil der in- und ausländischen JournalistInnen. Viele der EinwohnerInnen Kahnawakes verloren ihre

Arbeit, wo immer die Soldaten die Möglichkeit hatten, wurde Privateigentum enteignet, Salven aus automatischen Waffen sollten die IndianerInnen an den Barikaden einschüchtern und provozieren, einzeln angegriffene IndianerInnen, oft Frauen und Kinder wurden verhaftet und verprügelt.

Zur ersten großen Solidarisierung kam es in einem Nachbargebiet Kahnawakes: in Kanasatake blockierten ebenfalls Mohawks die Mercier-Brücke, die an einer der wichtigsten Zufahrtsstraßen nach Montreal liegt (70.000 Fahrzeuge pro Tag). Die EinwohnerInnen Quebecs verlangten die Entwaffnung der IndianerInnen, die neben gewissen Gebietsrechten, auch das Recht haben sich souverän zu bewaffnen. Es bildeten sich Bürgerwehren, die nicht länger Umwege in Kauf nehmen wollten, um nach Montreal zu gelangen. Inzwischen breitete sich auch der IndianerInnenwiderstand aus. Dabei geht es den IndianerInnen um die grundsätzliche Frage nach ihren Rechten auf Landbesitz, Bewaffnung und Selbstbestimmung, sowie um die Möglichkeit ihre Lebensumstände zunächst einmal erträglich zu gestalten. Dabei kam es zu Protestkundgebungen, Blockaden und anderen Widerstandsaktionen im ganzen Land.

Schließlich nahm die Regierung diese Stimmung zum Anlaß, mit den IndianerInnen in Verhandlungen zu treten. Doch nachdem dabei zuerst keinen Millimeter und dann nur scheinbar nachgegeben wurde, griff Mann Anfang September hart durch. Die Blockaden in Kahnawake wurden mit Hilfe gepanzerter Fahrzeuge geräumt, die IndianerInnen zogen sich zurück. Da es dabei zu keinen Gewalthandlungen gekommen sein soll, wurde international die "friedliche Beendigung" des Konfliktes bekanntgegeben.

Die Mohawks und benachbarte Nationen haben allerdings nicht aufgegeben,

zumal die Übergriffe und Repressionen des Staates um nichts weniger geworden sind. Mitte September wurde die Blockade der Brücke auf dem Weg nach Montreal geräumt, und erst vergangenen Dienstag griff die Polizei unterstützt durch 160 Soldaten mit Militärhubschraubern eine von Indianern bewohnte Insel in der Nähe Montreals an. Über 75 verletzte IndianerInnen zwischen 5 und 70 Jahre alt und 10 verletzte Soldaten registrierte das in der Nähe liegende Krankenhaus daraufhin. Die Insel wurde mit Stacheldraht von der Außenwelt abgeschnitten und durchsucht. 2 verbotene Waffen sollen dabei (neben

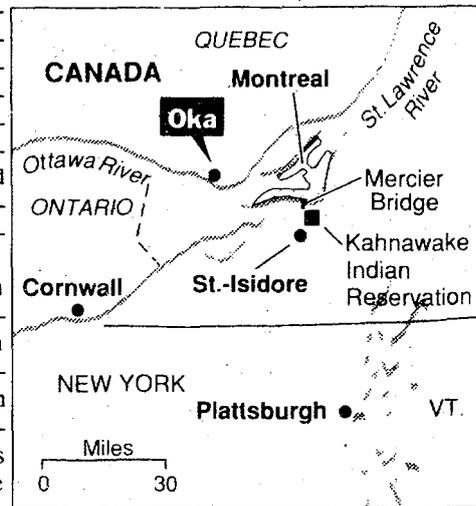
einigen Kisten Bier, das als Schmuggelware dient) gefunden worden sein. Insgesamt wurden 47 Waffen, incl. Pfeil und Bogen gepfändet. Die Mohawks sagen, daß die Polizei bei den letzten Kontrollen, um jeden Preis Waffen finden "mußte" (was regelmäßig ohne irgendwelche Zeugen stattfand), um die IndianerInnen jetzt vor eine neue Situation zu stellen: Die Regierung hat die Verantwortung zur Regelung des Konflikts der nun schon 70 Tage andauert, in die Hände der

Militärs gelegt. Der Premierminister Quebecs hat sich auf Urlaub begeben.

Und das, obwohl die Regierung Kanadas erst in den letzten Tagen zugeben mußte, daß beim oben erwähnten Konflikt Anfang Juli Schüsse von Seiten der Sicherheitskräfte abgegeben wurden — eine Tatsache, die die Polizei kurz zuvor in allen Publikationen noch heftigst zu bestreiten versuchte, um nicht in Verdacht zu geraten, den getöteten Polizisten selbst erschossen zu haben.

Die IndianerInnen fordern neben Klärung der oben angesprochenen Fragen, vor allem auch eine generelle Amnestie für während des Konfliktes begangene Handlungen. Der Staat will aber hart bleiben, und fordert hohe Strafen. Die IndianerInnen denken nun daran den Fall vor die Völkerrechtskommission der UNO zu bringen. ●

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ließ uns Material zu diesem Artikel zukommen. Sie trifft sich unter anderem in ihrem Arbeitskreis Nordamerikanische Indianer jeden Montag in Wien im Amerika Latina um 20 Uhr



Kahnawake, das Gebiet in dem der Golfplatz errichtet werden soll, liegt südlich Montreals, in der französischsprachigen Provinz Quebec. Die Mercier-Brücke, einer der wichtigsten Verkehrswege nach Montreal war zwei Monate lang besetzt.

den werden, wie den Emotionen von, bei der Diskussion anwesenden, Breitenlee-rInnen zu entnehmen war.

Selbst die Bezirksvertretung Donau-stadt hat, und zwar am 28. Juni, beschlos-sen, die Stadt Wien aufzufordern, daß die Entsorgung nicht zur Deponie Rautenweg erfolge. Dieselbe Bezirksvertretung hat aber bereits 1988 den EXPO-Standort Donaupark/Wagramer Straße schlecht geheiß und alternativ dazu einen Standort Rautenweg oder einen Standort Süßen-brunn (Nachbarortschaft zu Breitenlee, aber ebenfalls noch im 22. Bezirk) favoriti-siert.

Nunja: Die EXPO kommt — nichtsde-stotrotz, aber welcheN wundert — auf den Standort Donaupark/Wagramer Straße. Wohin der Müll kommt, ist noch nicht ganz geklärt. Zumindestens dann nicht, wenn bei einer Podiumsdiskussion ein ganzer Saal voller AnrainerInnen aus Kaisermühlen und Breitenlee steckt. Se-natsrat Weber hat aber auch Alternativen: zB: Fischamend, oder die Wienerberg-gründe in Wien 10. Davon abgesehen, daß der Transport des Giftmülls bei diesen Transportwegen immer brisanter wird, hat die Deponie auf den Wienerberggründen den entscheidenden Nachteil, so die anwe-sende Frau von der „Wiener Müllplatt-form“, seit bereist zirka zehn Jahren ge-schlossen zu sein. Derzeit wird seitens eines japanischen Konzerns der Bau eines Golf-platzes darauf vorbereitet. (Nicht ohne sich regenden Widerstand, übrigens, so ganz nebenbei erwähnt; Anm d Autors.)

Ob die geplante Öffnung der Deponie allerdings überhaupt stattfinden kann, hängt auch noch von einigen, von den pla-nenden Behörden nicht steuerbaren, Fak-toren ab. So klang während der Podiums-diskussion wiederholt das Vorhaben durch, den, für Dezember erwarteten, ersten Arbeiten mit Besetzungen zu bege-gen. Eine nicht uninteressante Idee.

Indessen dürfte — Zeitungsmeldun-gen zufolge — auch die Entscheidung gefal-len sein: Ab Dezember, plant die Ge-meinde, soll der Müll in LKWs „geruchs-

frei gemacht“ zu 1/3 zum Rautenweg und zu 2/3 auf die Wienerberggründe gebracht werden.

VERKEHR-TE EXPO

Die Verkehrsbelastung in der zwischen Donauuferautobahn und Wagramer Straße eingebetteten Siedlung Kaisermüh-len ist auch heute schon unerträglich genug. Darüber können auch die begrün-ten Platten nicht wegtäuschen, die dort teil-weise über die Autobahn drübergelegt wurden, und noch werden sollen.

Das Märchen von der autofreien EXPO nimmt den verantwortlichen Politi-kerInnen und Beamtinnen in Kaisermüh-len keineR ab. Wo doch ganz ausdrücklich laut Leitprogramm(*) die A23, die B3, die B8, die B227, und die B302, um nur die Schnellstraßen und Autobahnbauten in der Nähe Kaisermühlens herauszugreifen, aus- respektive abschnittsweise neugebaut werden sollen. Diese Straßenbauten, legt Planungsstadtrat Swoboda bei der Po-diumsdiskussionsveranstaltung am 14. September 1990 richtig, haben aber mit der EXPO nichts zu tun. Schließlich werde ja die EXPO autofrei, und blablabla, wozu bis dorthin auch der öffentliche Verkehr ausgebaut und Maßnahmen zur Umlen-kung und blabla undsowweiter. Diese Stra-ßenbaumaßnahmen, die nichts mit der EXPO zu tun haben, werden nur bis zur EXPO vorgezogen, wären aber ohnehin gebaut worden. Warum jedoch Straßen-bauten für die EXPO vorgezogen werden, obwohl sie gar nichts damit zu tun haben, ja eigentlich sogar dem Leitkonzept zu-widerhandeln, und obwohl diese Straßen ja sicherlich auch nach der EXPO nicht mehr gebraucht würden, da ja bis zur EXPO ein so leistungsstarkes Öffentliches Verkehrs-netz zur Verfügung steht, und so weiter, wollte schließlich ein Mann aus dem Publi-kum von Stadtrat Swoboda wissen. Ein Charakteristikum von Podiumsdiskussio-nen allerdings ist es, daß angesprochene Podiumsdiskutierer Fragen, auf die sie keine Antwort wissen, einfach unter den Podiumstisch fallen lassen können, da zwi-schen der Publikumsrunde, wo die Frage gestellt wird, und der nächsten Podiums-

runde, wo Zeit zum Ant-worten ist, soviel Zeit vergeht, die zum Unter-den-Tisch-fallen-lassen gemütlich ausreicht. Falls dies einer Person aus dem Publikum auffällt, so hat diese erst in der nächsten Publikumsrunde die Möglichkeit, darauf hin-zuweisen, ungeachtet der Ungewißheit, ob sich der Podiumsdiskutierer bei der dieser Publikumsrun-de wiederum folgenden Podiumsrunde noch an die Erinnerung erinnert.

Ebenso kritisch wird auch das Projekt des geplante EXPO-Bus-Parkplatz gesehen.

Diesem steht wohl als Nachnutzung eine Zukunft etwa als Heldenplatz-Ersatz-Bus-Parkplatz bevor, nachdem die Helden-platzgarage nun endlich verhindert sein dürfte, befürchtete ein Mann aus dem Pu-blikum. Und das wäre auch keine rosige Perspektive.

Immer wieder werden im Verlauf der Diskussion Kritiken am Leitprogramm der Gemeinde Wien(*) laut, ehe gegen Ende der Veranstaltung eine Frau aus dem Pu-blikum sehr klug anmerkt, daß das Leitpro-gramm eigentlich sicherlich noch nicht das Schlimmste ist, daß passieren konnte. Denn in Wirklichkeit werde zweifellos alles ganz anders kommen. Denn letztendlich bestimmen, was zu passieren hat, werden diejenigen, die das Ganze bezahlen. Und das sind, nach den Plänen von Gemeinde und EXPO-Vienna-AG, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil multinationale Kon-zerne und Banken. Und wenn die erstmal das Sagen haben, und das werden sie bald bekommen, schaut das alles noch mal ganz anders aus.

Die vielbeschworene, wenn auch ohnehin nicht ausnehmbare, demokrati-sche Grundlage der EXPO (weil es ja die Leute eingefedelt haben, die demokratisch gewählt wurden, folglich ihre Entscheidun-gen demokratisch sind, auch wenn alle anderen dagegen sind, aber das kennt man/frau ja ohnehin zu Genüge...), könne man/frau dann ohnehin als Ganzes verges-sen.

INITIATIV

Die BürgerInneninitiative Donau(ALP)traum jedenfalls will weiter-hin Widerstand leisten, und braucht dazu freilich Unterstützung. Eines ihrer Vorha-ben ist beispielsweise die Fortsetzung einer laufenden Unterschriftensammlung gegen die EXPO, die bereits von etwa 4000 Leuten unterkritzelt wurde.

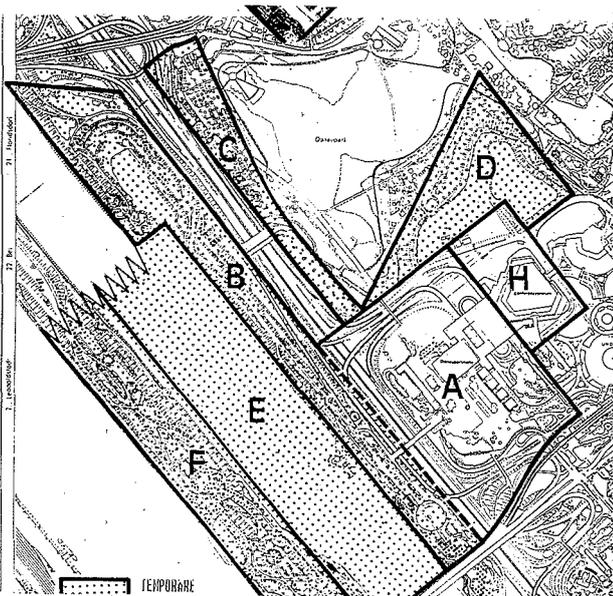
Kontakte:

•Donau(ALP)traum; c/o Ernst Toman; Schiffmühlenstraße 106; 1220 Wien

Die AnrainerInnen der Deponie Rau-tenweg sind freilich auch aktiv. Sie veran-stalten am **28. September um 18 Uhr** eine Podiumsdiskussion über die Situation um den Rautenweg im **Haus de Begegnung Wien 22**, Bernoullistraße 1 (beim Donau-zentrum — von der U1-Station Kagran kommend über die Wagramer Straße drüber, [bis dorthin gibts auch einen Radweg] beim dz-Würstelstand rechts vorbei, den schrägen Weg bergauf, an der Apotheke vorbei und dann noch ein bißchen herumsuchen, und schon bist du dort).•

Anmerkung:

(*) bei dem, im Text mehrfach genannten Leitprogramm handelt es sich um das Leit-programm der Gemeinde Wien für den donau-nahen Entwicklungsraum, welches am 30. März 1990 vom Wiener Gemeinderat be-schlossen wurde. Siehe auch EXPO-Grund-satzartikel im TATblatt minus 72 vom 10. April.



EXPO-Widerstand in der Leopoldstadt

Die Welt der Spekulation

MieterInnenplattform gegründet

(TATblatt-Wien)

Die EXPO und die geplante, noch aus dem Erdboden, in dessen Grund und Boden gerade der ehemalige Frachtenbahnhof Nordbahnhof gestampft wird, zu erstehende Zukunftsstadt im 2. Bezirk, sowie die vielen infrastrukturellen Ausbauten ziehen es mit sich, daß die beiden Inselbezirke 2 (Leopoldstadt) und 20 (Brigitte-
 nau) zwischen Donau und Donaukanal als begehrte hochrangige Büro- und Wohngegenden entdeckt werden. Zumal gerade der zweite Bezirk genau zwischen der alten Wiener City und der neuen City an der Donau liegt. Die Grundstückspreise steigen ins Bodenlose, mit ihnen die Wohnungsmieten. Die Hausbesitzer wechseln ins Unüberschaubare. Die MieterInnen werden aus Gründen der spekulationsbedingten Sanierung aus den Häusern zu werfen oder zu ekeln versucht.

Auf einen gemeinsamen Antrag der fünf im Leopoldstädter Bezirksrat vertretenen Fraktionen (SP, VP, FP, GA, KP) hin wurde im Frühjahr beschlossen: „Die Bezirksvertretung Leopoldstadt wird im Zuge der EXPO-Vorbereitungen besonderes Augenmerk auf die Vorgänge um Verkauf bzw Erwerb von Häusern und Grundstücken legen, vor allem in den Gebieten mit ‚EXPO-Interesse‘. Besteht der Verdacht auf Spekulation mit dem Ziel, Mieter aus ihren Wohnungen zu vertreiben, wird die Bezirksvertretung die rigorose Anwendung aller gesetzlichen Möglichkeiten zur Verhinderung derartiger Vorhaben fordern. An die Gemeinde Wien ergeht der Apell, möglichst aktiv in die Beschaffung von Grund und Häusern einzusteigen, sollte sich die Gelegenheit dazu bieten. Ziel könnte sein, möglichst viel Wohnraum für die Zeit nach der EXPO unter sozialen Bedingungen weiter nutzen zu können....“ Und so weiter und sofort.

Von Seiten der Gemeinde Wien wurden große Teile des 2. Bezirks unterdessen zum Asanierungsgebiet erklärt. Jedes zu verkaufende Haus oder Grundstück muß fortan zuerst einmal der Gemeinde Wien angeboten werden.

Mit all diesen Mitteln soll der Spekulation angeblickt begegnet werden. Ob dies

mehr Auswirkungen nach sich ziehen wird, als daß den betroffenen MieterInnen nun obrigerseits erklärt werden kann, daß ohnehin alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden sind, und sie sich daher keine Sorgen machen müssen, und daß sie nicht den geringsten Grund zu Verzweiflung, Wut oder Widerstand haben, das sei dahingestellt. (Mehr über die Probleme, die das Asanierungsgesetz mit sich bringt im nächsten TATblatt!)

Zur besseren Organisation des, vermutlich dringend nötigen, Widerstandes bildete sich nun jedenfalls eine „MieterInnenplattform“, an der der (KP-nahe) Mie-

terschutzverband, die (gemeindeeigene) Mobile Gebietsbetreuung und die Gebietsbetreuung Karmeliterviertel, die Grüne/AL-Fraktion, die KP, und die (unabhängige) Mieter-Interessensvertretung (die in Kürze ein Büro in der Leopoldstadt eröffnen wird) beteiligt sind. Die SP-nahe Mietervereinigung ist knapp vor einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema EXPO von der Plattform runtergestiegen. Gemeinsames organisiertes Vorgehen soll jedenfalls dem Kampf gegen die Spekulation mehr Kraft verleihen. ●

Verein Autonome Selbsthilfe

Den Verein Autonome Selbsthilfe-Unser offenes Wohnzimmer Cafe Chuzpe gibts seit ca 2 Monaten-Ein freier Begegnungsort, ein Beitrag zur gemeinsamen Lebenskultur in der Stadt.

Also wagt Euch aus der Enge eurer Bassenawohnungen hervor und schaut einfach Mal vorbei.

Öffnungszeiten: Mo,Di und Do: 16-20 Uhr; Mi 13-20 Uhr

Montag 18 Uhr und Mi 20 Uhr gibts ein gemeinsames Essen (Vollwert) um Spende (ca 15 Öschis)

Jeden 1. Sonntag im Monat: Ab 11 Uhr: Interkulturelles Musikfrühstück - Thema wird jeweils bekanntgegeben

Jeden 3. Sonntag im Monat: Ab 11 Uhr: Frühstück für Frauen (Essen bitte mitbringen)

Do 27.Sept., 19 Uhr:

Selbstverwaltung und selbstbestimmtes Lernen. Vergleichende Beispiele aus freien Schulen hier (Hofmühlgasse...) und anderswo (Summerhill...)

Autonome Selbsthilfe heißt für uns Selbstorganisation außerhalb der Institutionen.

Schwerpunkthemen sind Psychiatrie, selbstbestimmte Medizin und selbstbestimmte Lern- und Lebensformen (Kritische Betrachtung von verschiedenen Therapieformen, Alternativen zu Psychopharmaka, Körperübungen und Massage, psychiatrisches Testament, freie Schulprojekte etc.) Wir suchen Leute, die sich mit ihren eigenen Erfahrungen an unserer Arbeit beteiligen wollen.

VEREIN AUTONOME SELBSTHILFE

Marktg. 21-23

1090 Wien

Tel. 34 505 24

Maria, Claudia, Uli, Gerhard, Irmi

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN
1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN
1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ
8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ
4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

den werden, wie den Emotionen von, bei der Diskussion anwesenden, BreitenleerInnen zu entnehmen war.

Selbst die Bezirksvertretung Donau- stadt hat, und zwar am 28. Juni, beschlos- sen, die Stadt Wien aufzufordern, daß die Entsorgung nicht zur Deponie Rautenweg erfolge. Dieselbe Bezirksvertretung hat aber bereits 1988 den EXPO-Standort Donaupark/Wagramer Straße schlecht gehei- ßen und alternativ dazu einen Standort Rautenweg oder einen Standort Süßen- brunnen (Nachbarortschaft zu Breitenlee, aber ebenfalls noch im 22. Bezirk) favoriti- siert.

Nunja: Die EXPO kommt — nichtsde- stotrotz, aber welcheN wundert — auf den Standort Donaupark/Wagramer Straße. Wohin der Müll kommt, ist noch nicht ganz geklärt. Zumindestens dann nicht, wenn bei einer Podiumsdiskussion ein ganzer Saal voller AnrainerInnen aus Kaisermühlen und Breitenlee steckt. Se- natsrat Weber hat aber auch Alternativen: zB: Fischamend, oder die Wienerberg- gründe in Wien 10. Davon abgesehen, daß der Transport des Giftmülls bei diesen Transportwegen immer brisanter wird, hat die Deponie auf den Wienerberggründen den entscheidenden Nachteil, so die anwe- sende Frau von der „Wiener Müllplat- form“, seit bereist zirka zehn Jahren ge- schlossen zu sein. Derzeit wird seitens eines japanischen Konzerns der Bau eines Golf- platzes darauf vorbereitet. (Nicht ohne sich regenden Widerstand, übrigens, so ganz nebenbei erwähnt; Anm d Autors.)

Ob die geplante Öffnung der Deponie allerdings überhaupt stattfinden kann, hängt auch noch von einigen, von den pla- nenden Behörden nicht steuerbaren, Fak- toren ab. So klang während der Podiums- diskussion wiederholt das Vorhaben durch, den, für Dezember erwarteten, ersten Arbeiten mit Besetzungen zu bege- gen. Eine nicht uninteressante Idee.

Indessen dürfte — Zeitungsmeldun- gen zufolge — auch die Entscheidung ge- fallen sein: Ab Dezember, plant die Ge- meinde, soll der Müll in LKWs „geruchs-

frei gemacht“ zu 1/3 zum Rautenweg und zu 2/3 auf die Wienerberggründe gebracht werden.

VERKEHR-TE EXPO

Die Verkehrsbelastung in der zwischen Donauuferautobahn und Wagramer Straße eingebetteten Siedlung Kaisermü- len ist auch heute schon unerträglich genug. Darüber können auch die begrün- teten Platten nicht wegtäuschen, die dort teil- weise über die Autobahn drübergelegt wurden, und noch werden sollen.

Das Märchen von der autofreien EXPO nimmt den verantwortlichen Politi- kerInnen und Beamtinnen in Kaisermü- len keineR ab. Wo doch ganz ausdrücklich laut Leitprogramm(*) die A23, die B3, die B8, die B227, und die B302, um nur die Schnellstraßen und Autobahnbauten in der Nähe Kaisermühlens herauszugreifen, aus- respektive abschnittsweise neugebaut werden sollen. Diese Straßenbauten, legt Planungsstadtrat Swoboda bei der Po- diumsdiskussionsveranstaltung am 14. September 1990 richtig, haben aber mit der EXPO nichts zu tun. Schließlich werde ja die EXPO autofrei, und blablabla, wozu bis dorthin auch der öffentliche Verkehr ausgebaut und Maßnahmen zur Umlen- kung und blabla undsowweiter. Diese Stra- ßenbaumaßnahmen, die nichts mit der EXPO zu tun haben, werden nur bis zur EXPO vorgezogen, wären aber ohnehin gebaut worden. Warum jedoch Straßen- bauten für die EXPO vorgezogen werden, obwohl sie gar nichts damit zu tun haben, ja eigentlich sogar dem Leitkonzept zuwi- derhandeln, und obwohl diese Straßen ja sicherlich auch nach der EXPO nicht mehr gebraucht würden, da ja bis zur EXPO ein so leistungsstarkes Öffentliches Verkehrs- netz zur Verfügung steht, und so weiter, wollte schließlich ein Mann aus dem Publi- kum von Stadtrat Swoboda wissen. Ein Charakteristikum von Podiumsdiskussio- nen allerdings ist es, daß angesprochene Podiumsdiskutierer Fragen, auf die sie keine Antwort wissen, einfach unter den Podiumstisch fallen lassen können, da zwis- chen der Publikumsrunde, wo die Frage gestellt wird, und der nächsten Podiums- runde, wo Zeit zum Ant- worten ist, soviel Zeit vergeht, die zum Unter- den-Tisch-fallen-lassen gemütlich ausreicht. Falls dies einer Person aus dem Publikum auffällt, so hat diese erst in der nächsten Publikumsrunde die Möglichkeit, darauf hin- zuweisen, ungeachtet der Ungewißheit, ob sich der Podiumsdiskutierer bei der dieser Publikumsrun- de wiederum folgenden Podiumsrunde noch an die Erinnerung erinnert.

Ebenso kritisch wird auch das Projekt des ge- planteten EXPO-Bus- Parkplatz gesehen.

Diesem steht wohl als Nachnutzung eine Zukunft etwa als Heldenplatz-Ersatz-Bus- Parkplatz bevor, nachdem die Helden- platzgarage nun endlich verhindert sein dürfte, befürchtete ein Mann aus dem Pu- blikum. Und das wäre auch keine rosige Perspektive.

Immer wieder werden im Verlauf der Diskussion Kritiken am Leitprogramm der Gemeinde Wien(*) laut, ehe gegen Ende der Veranstaltung eine Frau aus dem Pu- blikum sehr klug anmerkt, daß das Leitpro- gramm eigentlich sicherlich noch nicht das Schlimmste ist, daß passieren konnte. Denn in Wirklichkeit werde zweifellos alles ganz anders kommen. Denn letztendlich bestimmen, was zu passieren hat, werden diejenigen, die das Ganze bezahlen. Und das sind, nach den Plänen von Gemeinde und EXPO-Vienna-AG, zu einem nicht unbeträchtlichen Teil multinationale Kon- zerne und Banken. Und wenn die erstmal das Sagen haben, und das werden sie bald bekommen, schaut das alles noch mal ganz anders aus.

Die vielbeschworene, wenn auch ohnehin nicht ausnehmbare, demokrati- sche Grundlage der EXPO (weil es ja die Leute eingefedelt haben, die demokratisch gewählt wurden, folglich ihre Entscheidun- gen demokratisch sind, auch wenn alle anderen dagegen sind, aber das kennt man/frau ja ohnehin zu Genüge...), könne man/frau dann ohnehin als Ganzes verges- sen.

INITIATIV

Die BürgerInneninitiative Donau(ALP)traum jedenfalls will weiter- hin Widerstand leisten, und braucht dazu freilich Unterstützung. Eines ihrer Vorha- ben ist beispielsweise die Fortsetzung einer laufenden Unterschriftensammlung gegen die EXPO, die bereits von etwa 4000 Leuten unterkritzelt wurde.

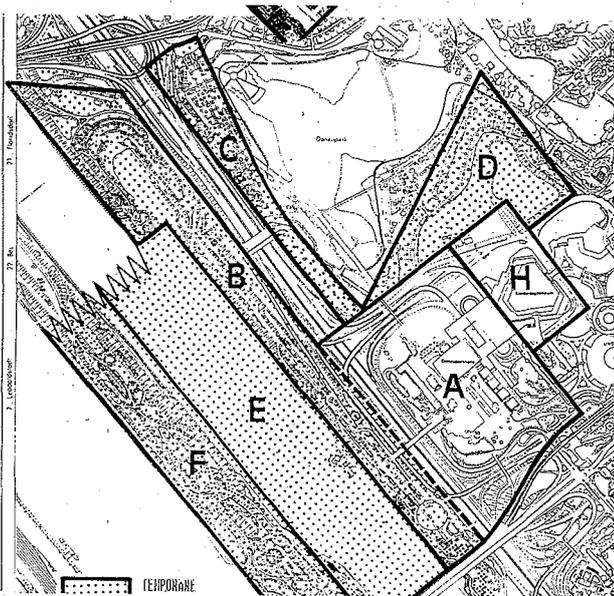
Kontakte:

•Donau(ALP)traum; c/o Ernst Toman; Schiffmühlenstraße 106; 1220 Wien

Die AnrainerInnen der Deponie Rau- tenweg sind freilich auch aktiv. Sie veran- stalten am **28. September um 18 Uhr** eine Podiumsdiskussion über die Situation um den Rautenweg im **Haus de Begegnung Wien 22**, Bernoullistraße 1 (beim Donau- zentrum — von der U1-Station Kagran kommend über die Wagramer Straße drüber, [bis dorthin gibts auch einen Radweg] beim dz-Würstelstand rechts vorbei, den schrägen Weg bergauf, an der Apotheke vorbei und dann noch ein bißchen herumsuchen, und schon bist du dort).•

Anmerkung:

(*) bei dem, im Text mehrfach genannten Leitprogramm handelt es sich um das Leit- programm der Gemeinde Wien für den donau- nahen Entwicklungsraum, welches am 30. März 1990 vom Wiener Gemeinderat be- schlossen wurde. Siehe auch EXPO-Grund- satzartikel im TATblatt minus 72 vom 10. April.



EXPO-Widerstand in der Leopoldstadt

Die Welt der Spekulation

MieterInnenplattform gegründet

(TATblatt-Wien)

Die EXPO und die geplante, noch aus dem Erdboden, in dessen Grund und Boden gerade der ehemalige Frachtenbahnhof Nordbahnhof gestampft wird, zu erstehende Zukunftsstadt im 2. Bezirk, sowie die vielen infrastrukturellen Ausbauten ziehen es mit sich, daß die beiden Inselbezirke 2 (Leopoldstadt) und 20 (Brigittenau) zwischen Donau und Donaukanal als begehrte hochrangige Büro- und Wohngehenden entdeckt werden. Zumal gerade der zweite Bezirk genau zwischen der alten Wiener City und der neuen City an der Donau liegt. Die Grundstückspreise steigen ins Bodenlose, mit ihnen die Wohnungsmieten. Die Hausbesitzer wechseln ins Unüberschaubare. Die MieterInnen werden aus Gründen der spekulationsbedingten Sanierung aus den Häusern zu werfen oder zu ekeln versucht.

Auf einen gemeinsamen Antrag der fünf im Leopoldstädter Bezirksrat vertretenen Fraktionen (SP, VP, FP, GA, KP) hin wurde im Frühjahr beschlossen: „Die Bezirksvertretung Leopoldstadt wird im Zuge der EXPO-Vorbereitungen besonderes Augenmerk auf die Vorgänge um Verkauf bzw. Erwerb von Häusern und Grundstücken legen, vor allem in den Gebieten mit ‚EXPO-Interesse‘. Besteht der Verdacht auf Spekulation mit dem Ziel, Mieter aus ihren Wohnungen zu vertreiben, wird die Bezirksvertretung die rigorose Anwendung aller gesetzlichen Möglichkeiten zur Verhinderung derartiger Vorhaben fordern. An die Gemeinde Wien ergeht der Apell, möglichst aktiv in die Beschaffung von Grund und Häusern einzusteigen, sollte sich die Gelegenheit dazu bieten. Ziel könnte sein, möglichst viel Wohnraum für die Zeit nach der EXPO unter sozialen Bedingungen weiter nutzen zu können....“ Und so weiter und sofort.

Von Seiten der Gemeinde Wien wurden große Teile des 2. Bezirks unterdessen zum Asanierungsgebiet erklärt. Jedes zu verkaufende Haus oder Grundstück muß fortan zuerst einmal der Gemeinde Wien angeboten werden.

Mit all diesen Mitteln soll der Spekulation angeblich begegnet werden. Ob dies

mehr Auswirkungen nach sich ziehen wird, als daß den betroffenen MieterInnen nun obrigerseits erklärt werden kann, daß ohnehin alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden sind, und sie sich daher keine Sorgen machen müssen, und daß sie nicht den geringsten Grund zu Verzweiflung, Wut oder Widerstand haben, das sei dahingestellt. (Mehr über die Probleme, die das Asanierungsgesetz mit sich bringt im nächsten TATblatt!)

Zur besseren Organisation des, vermutlich dringend nötigen, Widerstandes bildete sich nun jedenfalls eine „MieterInnenplattform“, an der der (KP-nahe) Mie-

terschutzverband, die (gemeindeeigene) Mobile Gebietsbetreuung und die Gebietsbetreuung Karmeliterviertel, die Grüne/AL-Fraktion, die KP, und die (unabhängige) Mieter-Interessensvertretung (die in Kürze ein Büro in der Leopoldstadt eröffnen wird) beteiligt sind. Die SP-nahe Mietervereinigung ist knapp vor einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema EXPO von der Plattform runtergestiegen. Gemeinsames organisiertes Vorgehen soll jedenfalls dem Kampf gegen die Spekulation mehr Kraft verleihen. ●

Verein Autonome Selbsthilfe

Den Verein Autonome Selbsthilfe-Unser offenes Wohnzimmer Cafe Chuzpe gibts seit ca 2 Monaten-Ein freier Begegnungsort, ein Beitrag zur gemeinsamen Lebenskultur in der Stadt.

Also wagt Euch aus der Enge eurer Bassenawohnungen hervor und schaut einfach Mal vorbei.

Öffnungszeiten: Mo,Di und Do: 16-20 Uhr; Mi 13-20 Uhr

Montag 18 Uhr und Mi 20 Uhr gibts ein gemeinsames Essen (Vollwert) um Spende (ca 15 öschis)

Jeden 1. Sonntag im Monat: Ab 11 Uhr: Interkulturelles Musikfrühstück - Thema wird jeweils bekanntgegeben

Jeden 3. Sonntag im Monat: Ab 11 Uhr: Frühstück für Frauen (Essen bitte mitbringen)

Do 27.Sept.,19 Uhr:

Selbstverwaltung und selbstbestimmtes Lernen. Vergleichende Beispiele aus freien Schulen hier (Hofmühlgasse...) und anderswo (Summerhill...)

Autonome Selbsthilfe heißt für uns Selbstorganisation außerhalb der Institutionen.

Schwerpunkthemen sind Psychiatrie, selbstbestimmte Medizin und selbstbestimmte Lern- und Lebensformen (Kritische Betrachtung von verschiedenen Therapieformen, Alternativen zu Psychopharmaka, Körperübungen und Massage, psychiatrisches Testament, freie Schulprojekte etc.) Wir suchen Leute, die sich mit ihren eigenen Erfahrungen an unserer Arbeit beteiligen wollen.

VEREIN AUTONOME SELBSTHILFE

Markt. 21-23

1090 Wien

Tel. 34 505 24

Maria, Claudia, Uli, Gerhard, Irmi

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
---	---	---	---

Keine Räumung des ROTSTILZCHENS

am 28. September
und auch nicht sonst wann.....

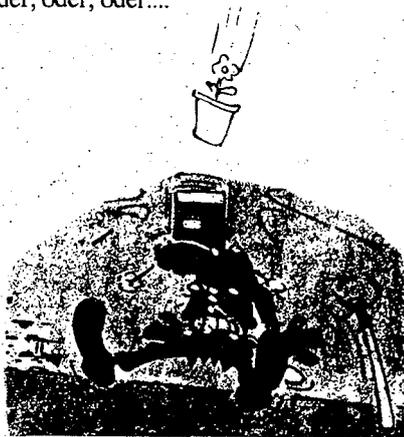
Auf Grund politischer Tätigkeit sollte doch in Österreich, so wird bisweilen erzählt, niemand im Gefängnis landen; Oder? Eine Wohnung/ein Lokal kann mensch auf Grund politischer Tätigkeit noch alle Mal verlieren; vorerzert vom Oberlandesgericht Wien am Beispiel des Rotstilzchens.



Anfang 1987 hätte das Rotstilzchen schon einmal geräumt werden sollen. Doch politischer Druck und juristische Fehler hinderten den privaten Hausbesitzer und Spekulanten an der Durchführung seines Vorhabens. In einem folgenden, langwierigen Kündigungsverfahren stellte sich die Justiz auf Seiten des Besitzers: Ja, das Rotstilzchen hätte vom angemieteten Lokal "nachteiligen Gebrauch" gemacht, weil die politische Tätigkeit des Vereins immer wieder Polizeieinsätze "provokierte"; oder, weil das Liebesleben der BenutzerInnen im 3 mal 3 Meter großen Hof stattfand; oder weil durch uns angeblich Ratten und Ungeziefer angelockt worden sein soll.....

Zynischer gehts wohl nicht mehr: Ein Hausbesitzer, der "sein Haus" über jahrzehnte verrotten läßt, beschwert sich, daß die BewohnerInnen angeblich das Haus ruinieren.....

Sollte das Rotstilzchen leer und leblos sein, dann sinds die ausländischen, die jugendlichen oder alten MitbewohnerInnen, die die Ratten anlocken, die Lärm machen, oder, oder, oder....



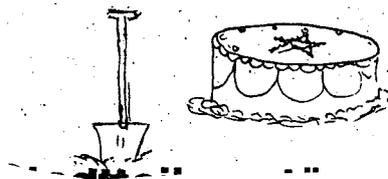
Aber das Rotstilzchen wird nicht leer und leblos sein, denn wir gehen nicht raus!

Wir haben nicht drei Jahre lang gekämpft, um dann sang- und klanglos zu verschwinden. Wir haben nicht drei Jahre lang versucht, das (davor wegen Lärms recht ramponierte) Verhältnis zu den BewohnerInnen des Hauses und der Umgebung in Gesprächen und mit politischer Arbeit im Stadtteil zu verbessern, um dann über Nacht jeden politischen Anspruch aufzugeben.

Wenn uns Hausbesitzer, Gemeinde und Polizei da raus haben wollen, dann werden sie sich gehörig anstrengen und einen hohen politischen Preis zahlen müssen.

Bis zum 28. September ist es nicht mehr lang, daher:

Aktionstage vom 23. September bis immer, immer, immer weitergehen,...



täglich ab 12 Uhr Aktionsfrühstück:

Wir treffen uns im Rotstilzchen und planen die Aktionen des jeweiligen Tages. Ideen gibt es: gemeinsame Hotelbesuche (was kostet denn hier ein Zimmer; mhhh das Buffet ist ja gut,...); spontane Fahrrad-Demonstrationen; gemeinsames Zaubertank-Brauen in Rotstilzchen Umgebung (mit Kids und so...); Spontandemonstrationen durch den Bezirk und die Bezirke....., wir suchen geeignete Ersatzobjekte und besichtigen diese auch gleich und vieles vieles mehr.....

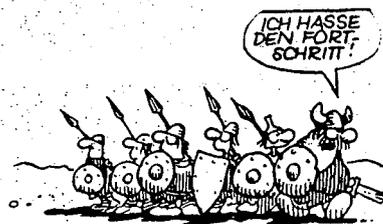
Aber es gibt auch noch andere Möglichkeiten, das Rotstilzchen im Kampf gegen die Eindringlinge zu unterstützen:

- Schickt uns Solidaritätsbriefe und Telegramme

- Holt euch im Rotstilzchen Flugblätter und Plakate und verteilt sie.

- Erkundigt euch mehrmals täglich oder nächtlich beim Hausbesitzer, ob er sein Vorhaben nicht aufzugeben gedenkt.

Franz und Peter Mayer: Wohnung Bendlg.16, A-1120 Wien Tel.: 813 37 00



Büro: Bendlg.18, Tel.: 813 04 10

Aus gut informierten Kreisen haben wir erfahren, daß die Gebrüder Mayer sehr viel essen (besonders Pizzas vom Pizzaservice, belegte Bröte vom Partyservice), als Frühaufsteher jeden Weckanruf gerne entgegennehmen und sehr, sehr viel Taxifahren.....



- Informiert Politiker, Polizei und Hausbesitzerverband unentwegt von der geplanten Räumung. (Ah! Bei Polizeinotruf und so aufpassen! Stimme verstellen! Und niemals von zu Hause telefonieren, geil! Anm Mathias N.)

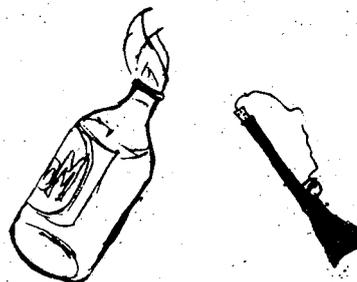
- Besucht das Rotstilzchen !!! Täglich geöffnet (da ist ein e zuviel! Anm des Korrekturlesers) (jetzt auch Sa und So) zwischen 18 und 2 Uhr Früh.

- Informiert eure FreundInnen von der bevorstehenden Räumung.

- kommt am 28. September ab 10 Uhr zum Straßenfest in der Margaretenstraße vor dem Rotstilzchen

(Ecke Margaretenstraße / Rampersdorfergasse).

Musik, Kabarett, Lesungen....



Kampf der Spekulation, Kampf der Stadtteilerstörung, Kampf der EXPO

Die SOAL und die Debilien

Wen wählt die Linke

Die Linke rief, die Linke kam. Erstere "Linke", die Zeitschrift der "Sozialistischen Alternative" SOAL (IV.Internationale), rief auf zur Veranstaltung "wen wählt die Linke?"; zweitere kam zu vierzigst, weil es an diesem Abend wahrscheinlich keine bessere Möglichkeit gab, sich und der Welt das eigene "Links-Sein" zu beweisen.

(TATblatt Wien)

Hermann Dworschak (SOAL), Ewald Novotny (NR der SPÖ), Dieter Schrage (Grüne) und Walter Silbermaier waren geladen. Auf eine Alibi-Frau konnte getrost verzichtet werden, diese Rolle übernahm die Gesprächsleiterin. Aber der Schein trägt ohnehin. Die Gesprächsteilnehmer entdecken die Vorzüge des Feminismus für sich, fordern vehementest die Einführung der "Abtreibungspille", die zu fordern sich für Männer auch geziemt: Die chemische Keule ist ja schließlich eine Frauensache.....

Ansonsten nichts neues: Dworschak verteilt schlechte Noten an SPÖ und KPÖ und fordert auf, grün zu wählen. Silbermaier bittet die ZuhörerInnen flehentlich zu glauben, daß sich die KPÖ doch (eh) bewege und Novotny erklärt, daß ohne SPÖ in der Regierung alles immerhin auch noch schlimmer hätte kommen können ("Ohne SPÖ gäbe es heute keine Verstaatlichte mehr. Die SPÖ hat es geschafft, aus der maroden Verstaatlichten fest im Wirtschaftsleben verankerte Betriebe zu machen, die den Privatisierungsplänen der ÖVP widerstehen können."). Dieter Schrage darf als letzter Redner der "Einleitungsrunde" die Scherben der anderen aufklauben und lachend zusammenfügen. Er zählt auf, wie oft er bereits das kleinere Übel gewählt hat (SPD, SPÖ, KPÖ, AL, GAL-Komlosy und schließlich Grüne; "da hab ich ja auch selber kandidiert...").

Wie gesagt absolut nix neues, wäre da nicht....

Ewald Nowotny, mehrfacher Hausbesitzer, Ökonom (allerdings nur einfacher) und Nationalrat hat nicht viel Zeit: Er muß zum Heurigen.

Dafür hat er aber mehr zu sagen; er wird ja auch mehr gefragt.

Nochmals erläutert er ellenlang, daß Österreich, anders als etwa der BRD, die Auswirkungen rein konservativer Politik erspart geblieben sei. Zwischenrufer erinnern ihn daran, daß Berufsverbot, "Antiterrorgesetz" oder Ausbau der Kernkraft von der SPD durchgesetzt wurden, nicht von der CDU. Doch darauf will Novotny gar nicht eingehen, das sei "ja nicht seriös". Um dann zur Frage "AusländerInnenpolitik" zu kommen. "Wenn mir vor drei Jahren jemand gesagt hätte, daß das Bundesheer an der Grenze im Einsatz gegen Menschen stehen würde, na meine Güte. Aber heute sehe ich das auch anders. Es gilt schließlich, die schlimmsten Auswirkungen des Ganzen zu verhindern (Zwischenruf: Eine ÖVP-Alleinregierung würde die Flüchtlinge sofort standrechtlich erschießen lassen, oder was?)." Es folgt die übliche SPÖ-Aus-

länderInnenfeindlichkeit: "Keine neue industrielle Reservearmee als Lohndrücker" (der Herr Genosse weiß als Intellektueller eben, welche Vokabel vor solch einem Publikum in der Rede untergebracht werden müssen), "zehn Prozent AusländerInnen verträgt der Arbeitsmarkt, mehr nicht", "wir müssen doch verhindern, daß die Massen aus dem Osten schrankenlos in unser Land können, zum Wohle aller".....

Das Publikum genießt und schweigt. Nicht durchwegs, aber fast. Denn Nichtschweigende (etwa eine alte KP'lerin) werden mit dem Rauswurf bedroht. Und ein Genosse vom ArbeiterInnenstandpunkt (Ast) erläutert (nachdem eine Ast'lerin zur Wahl der SP aufgerufen

hatte; wir hoffen, daß sie dafür wenigstens ordentlich gezahlt bekommen hat), daß Genosse Novotny "keine AusländerInnenfeindliche Propaganda, sondern Reformismus" betreibt.

Alles klar, Genossen und -Innen. Und nächstes Mal wollen wir auch gar nicht mehr stören, wenn ihr euch trifft, um die Lage der Nation zu erörtern. Zu blöd, um Linke zu sein, sind wir ohnehin. Wie kämen wir sonst auf die Idee, am 7.Oktober NICHT- oder UNGÜLTIG-wählen zu gehen und uns damit, wie Hermann Dworschak so treffend ausführte, "mit den Debilien und Alkoholikern in einen Topf werfen (...) lassen."

Prost !●

Werben für den Führer

(TATblatt-Wien)

Ein neuer Führer muß halt wieder her, oder vielleicht tut's auch der alte. Gemeint ist Franz Vranitzky. Die Bezeichnung „Führer“ stammt aber nicht von SPÖ-feindlichen ÄtzerInnen, sondern aus der neuen sozialdemokratischen Wochenzeitung „Bewegung!“ (Herausgeber: SPÖ). Damit es nicht gar so klingt, wie es klingt, wurde das Wort sicherheitshalber ins Englische übersetzt. Und darum heißt die obige Überschrift im SPÖ-Bewegungs-Originalwortlaut „Werben für den Leader“ (Bewegung! 3/90). Der, dieser Überschrift folgende Artikel beschreibt die „neuen Qualitäten“ in der Wahlbewegung für den Leader. Der SP- oder besser: der Vranitzky-Wahlkampf soll nämlich nicht in die ÖVP-Mentalität verfallen, „die beinahe schon an die Russen erinnert. Alle Erfindungen dieser Welt für sich reklamieren zu wollen.“ (SP-Werbechef Javurek in der Bewegung!)●

ALLE JAGEN DEN LEADER

ZU NEUEN QUALITÄTEN.

SPÖ

aus Bewegung! Nr. 1/90

E.Z. Nowak:
**KEIN HAUS AM
 FRIEDRICH-ENGELS-PLATZ**

1. Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.

„Stände nur Marx noch neben mir,
 dies mit eignen Augen zu sehn!“
 (Friedrich Engels; 1890)

Unaufhaltsam, immer und immer wieder, brausen die Wellen dem Ufer zu, um unaufhaltsam, immer und immer wieder, daran zu brechen. Immer und immer wieder, eine Welle nach der anderen. Und das schon seit mindestens einer Stunde. Vielleicht aber auch schon seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden, seit Menschengedenken gar?, oder seit Anbeginn allen Seins? Seit mindestens einer Stunde jedenfalls ganz bestimmt. Denn solange steht Mathias N. nun schon an dieser Brandung und schaut dabei zu.

Vom Wasser her weht ein rauher Wind, der Mathias N. auch geflissentlich ins Gesicht schlägt. „Eh klar!“, denkt sich Mathias, und schaut daraufhin weiter gedankenverloren den Wellen zu, in diesen frühen Abendstunden, dieses bitterkalten Tages im ausklingenden September, 1997 Jahre nach Christi Geburt (Nach geltender Auffassung der in diesen Angelegenheiten

sachkundigen Herren wurde Christus bekannt- und angeblich bereits im Jahre 7 vor Christi Geburt geboren. Dies stellt für uns weder eine hinreichende Begründung dar, daß es Gott nicht gibt, noch daß da mit der unbefleckten Empfängnis irgendein Irrtum unterlaufen sein muß. Die Anmerkung sei nur der Vollständig- und Verständlichkeit halber hierorts angemerkt. In weiterer Folge bedienen wir uns aber der ho. üblichen, im siebten Lebensjahres des obgenannten Bubs eingesetzt habenden, sogenannten „unserer“ Zeitrechnung; Anm. des E.Z.Nowak-Kollektivs), falls es selbigen überhaupt gegeben hat.

Und während Mathias nun also gedankenverloren den brandenden, immer und immer wieder brechenden Wellen des Don-austromes zusieht — keinen Gedanken daran verschwendend, welchen Schreck er wohl bekommen würde, wenn die Wellen plötzlich aus ihrem Schicksal lernend nicht mehr an der Brandung brechen, sondern einfach ihren Weg fortsetzen und die ganze Welt und zuallererst ihn, Mathias, überfluteten würden — werden die letzten Maßnahmen zur Einverleibung der DDR in die BRD getroffen, werden die amerikanischen und europäischen (ob west-, ob ost-, was macht es schon noch für einen Unterschied) Truppen in der Golfregion verstärkt, werden die österreichischen Streitkräfte an den Ostgrenzen in Bereitschaft gehalten, und kleben Wiener Neofaschisten in einer gerade ganz in der Nähe vorbeifahrenden, Straßenbahn ihre rassistischen Pickerln auf.

Fast genau ein Jahr ist er nun her, der 28. September 1989. Jener Tag, an dem das Wiener TATblatt-Kollektiv den Mietver-

trag über ihr neues Büro unterzeichnet hat. Jener Tag, genau ein Jahr vor dem Tag, an dem der Gerichtsvollzieher in das Autonome Stadtteilzentrum und Beisl Rotstilzchen in Wien 5 kommen und die juristische Begründung zur polizeilichen Räumung dieses über zehn Jahre alten linken Szene-Treffs liefern wird. Jener Tag, in dessen darauffolgender Nacht — also der Nacht vom 28. auf den 29. September 1989 — Mathias N. und seine FreundInnen einen „Schweinekonzern“, beziehungsweise dessen Wiener Niederlassung, beanschlagt haben. Sie haben diesen „Schweinekonzern“ untereinander, und in ihrem BekennerInnenschreiben zum

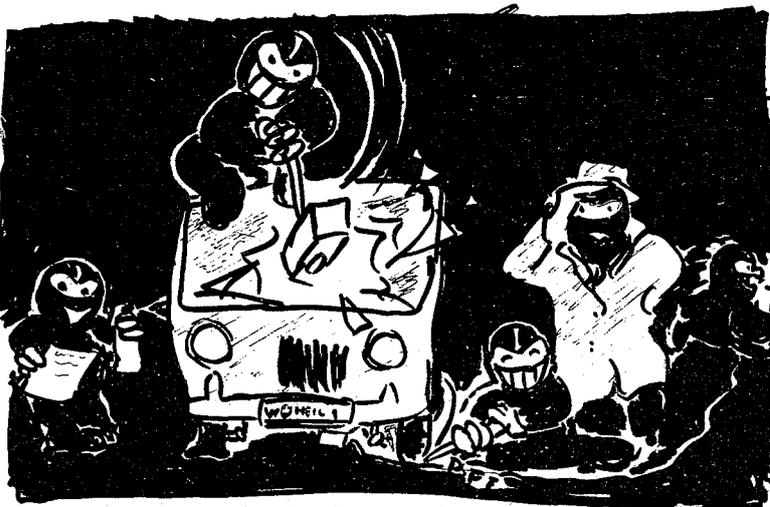
Anschlag, immer und immer wieder „Schweinekonzern“ genannt, obgleich dieser Konzern niemals mit Schweinen oder deren Fleisch Handel oder sonst was getrieben hat. „Schweinekonzern“, dieser Ausdruck sollte vielmehr, zweifellos verkürzend und vereinfachend dafür aber überaus prägnant, die hinter der Anschlagsidee stehende vom Klassenstandpunkt aus formulierte Kapitalismuskritik samt dessen internationalistisch-antiimperialistischen Ansatz auf den Punkt bringen. Der, wenn schon nicht unbedingt erwartet, so doch erhofft gewesene, großartige Erfolg

dieser Aktion ließ allerdings lange auf sich warten, und tut dies auch heute noch. Und so könnten heute weder Mathias N. noch irgendeiner seiner FreundInnen ad hoc erklären, wie und in welcher Form und in welchem Ausmaß diese Aktion den internationalen revolutionären antiimperialistischen Kampf vorangetrieben hätte.

Doch wie auch immer: Das Leben geht weiter, und da das ganze Leben ein Krampf ist, auch der Kampf. Auch die Wellen brechen immer und immer wieder. „Eh klar!“, sagt Mathias N. nun schon zum zweiten Mal, und eifert dabei unwillkürlich einer bekannten Fernsehserienfigur nach, die das auch immer gesagt hat.

Die Sonne steht irgendwo am Himmelszelt. In Wirklichkeit ist sie eigentlich hunderttausende von Kilometern entfernt, was aber auch egal ist, weil sie Mathias ohnehin nicht sehen kann. Eine dicke Wolkendecke trennt die Oberfläche des Planeten von der heißen Sonne wärmender Strahlen. Stellenweise befindet sich auch eine trennende Ozonschicht dazwischen, vor allem in Bodennähe.

An der Stelle, wo sich Mathias jetzt gerade befindet, drängt sich aber auch noch eine Brücke zwischen Sonne und Erdoberfläche, und auch — was noch viel wichtiger ist — zwischen Wolkendecke und Erdoberfläche. Aus der Wolkendecke nämlich ergießt sich ein nie zu enden scheinender Regen, wobei die Formulierung „scheinender Regen“ Mathias, könnte er sie lesen — was er aber freilich nicht kann, schließlich ist er bloß eine handelnde Figur in der Geschichte, in der diese Formulierung eben auftauchte —, sehr de-



KAUM ZU GLAUBEN, EIGENTLICH,
 WIE WENIG SO EIN FASCHO-AUTO
 EIGENTLICH AUS H'ALT....

plaziert erscheinen würde. Unterhalb der Brücke ist alles trocken. Ausgenommen freilich der Bereiche, in die das links und rechts an der Brücke vorbeigefallene Wasser quasi im letzten Moment unterhalb selbige geweht wurde. Doch größtenteils ist alles trocken, unter der Brücke. Ausgenommen allerdings auch Mathias N., der bis auf die Haut durchnäßt ist, obwohl er bereits eine geschlagene Stunde unter der Brücke steht und auf das Ende des Platzregens wartet. Begonnen allerdings hat der Regen unglückseligerweise bereits vor einer Stunde und zwei Minuten.

Wieso sich Mathias ein trockenes Platzerl zum Unterstellen gesucht hat, obwohl er ohnehin bereits bis auf die Haut naß war, und er, wenn er rasch nach Hause gelaufen wäre, nun schon seit 55 Minuten abgetrocknet in ein Handtuch gewickelt heißen Tee solidarischer Kollektive (oder so ähnlich) trinken hätte können, so hingegen nun aber zitternd unter der zugigen Brücke bibbert, weiß Mathias nicht mehr. Er will auch nicht darüber nachdenken.

Viel lieber verschwendet er den einen oder anderen wehmütigen Gedanken an den Sommer, der nun mutmaßlich endgültig verstrichen ist, und so schön warm war, viel wärmer als es nun, unter dieser Brücke, ist. Wie sehr hatte er sich während des Sommers nach Regen gesehnt, und wie sehr hätte er da einen solchen, wie den gegenwärtigen genossen. Aber jetzt? Er könnte ihn verfluchen, hätte er nur schon endlich für sich einmal die Frage geklärt, ob er als Atheist überhaupt etwas verfluchen kann, und wenn ja: welche Auswirkung dies zu zeitigen versprechen könnte, und wenn nein: warum nicht?

Dieser Sommer! Begonnen hat er, kurz nach Frühlingsende, wie jeder Sommer: mit der verbissenen Frage des Was-tun-mit-diesem-Sommer. Sömmer sind selten genug, als daß sie so einfach mir-nichts-dir-nichts ins Land hinein- und wieder hinausziehen dürften. Die Sorge, mit dem Sommer nicht das richtige anzufangen, sodaß er quasi verfällt, wie ein was-weiß-ich-was, verbunden mit der ernüchternden Erkenntnis, das von rund siebzig Sömmer in ein Leben eines Durchschnittsmenschen Mathias bereits mehr als ein Drittel schon aufgebraucht hat (dieser Erkenntnis' Ernüchterung wird im Volksmund bisweilen des öfteren auch „Mitleidkreis“ genannt) kann den Sommer freilich ganz gehörig vermiesen. Und so birgt jeder Sommer den Keim des Sommerstresses in sich, wechselndem Mathias mit beeindruckend erdrückender Regelmäßigkeit zu Beginn eines jeden Sommers immer und immer wieder erliegt. Irgendwie ist aber doch wieder alles gut gegangen, und so kam es, daß Mathias einen wundervollen Sommer verbringen konnte, mit Sonnenbrand, Sommergrippe, überfüllten Zügen, hektoliterweisem Verzehr von Zitroneneis, und allem Drum und Dran.

Wie er dann allerdings, vollgetankt mit neuen Lebensgeistern, aus der weiten Welt zurückgekehrt, lebensfroh wie schon lange nicht am Wiener Westbahnhof dem Zug entstieg, auf dem Weg zur U-Bahnstation in Unkenntnis der aktuellen Gehsteigumleitungen von nur einem einzigen Auto kurz mal am Knie angefahren wurde, und schließlich allen faschistischen Gefahren trotzend beginnen wollte, die unzähligen ausländischerInnenfeindlichen PicklerIn am U-Bahnsteig runterzureissen, war es mit der guten Laune auch schon wieder fürs erste vorbei. Er fühlte sich wieder ganz wie zu Hause. Unter den PicklerIn waren die Teile zerbrochener Rasierklingen versteckt, die die Aufgabe hatten, antifaschistischen PicklerIn-runter-reisserInnen die Finger blutig zu schneiden. Eine Aufgabe, der jener reaktionäre Rasierklingensplitter unter dem Pickler, das Mathias als erstes runterreissen wollte, mühelos gerecht wurde.

Doch Mathias ließ sich nicht unterkriegen. Im Gegenteil! Kaum zuhause angekommen, gleich nachdem er den Brief seiner WohnungsgenossInnen gelesen hatte, worin stand, daß der Untermietvertrag der Wohngemeinschaft von dem — allen unbekanntem — Hauptmieter aufgekündigt worden war, wickelte er ein flammend rotes Pflaster um seinen lädierten Zeigefinger. Ein eindrucksvoller Ausdruck kämpferischer Gesinnung, gepaart mit der wunderbaren Eigenschaft dieser in den verschiedensten knalligen Farben erhältlichen Pflaster, beim Abnehmen nicht so sehr zu reissen, wie die herkömmlichen fleischfarbigen es gemeinhin tun.

In den nächsten Tagen erzog Mathias den Hauptmieter ausfindig zu machen, daheim aufzusuchen, und ihn einfach irgendet-

was bitterböses anzutun, nur mal so zur Befriedigung eines persönlichen Rachebedürfnisses. Mathias sah diesen sogenannten Hauptmieter — der von nichts anderem lebt, als in Häusern, die ihm selbst gehören, alle Wohnungen an sich selbst zum gesetzlich festgeschriebenen Kategoriezins hauptzuvermieten, um sie dann zu gesetzlich nicht gebundenen grenzenlos überhöhten Preisen an wehrlose Wohnungssuchende unterzuvermieten — vor seinem geistigen Auge. Schreckensbleich starrte er, der Hauptmieter, dem Tod und Mathias N. ins Angesicht. Der Hauptmieter flehte um sein Leben: „Tuns das nicht! Ich bit' Sie: Tuns das nicht! Mein Herr! Machens Ihnen doch nicht unglücklich!“ Der letzte Satz gab Mathias zu denken.

Also fanden sich er und seine WohnungsgenossInnen mit ihrem Schicksal ab, suchten jede und jeder ganz für sich allein gestellt ihr Glück, und schlugen, ehe sie die Wohnung für immer verließen, alles, was nicht niet- und nagelfest und daher nicht mitnehmbar war, kurz und klein.

Mathias hatte Glück. Er fand bei einer Bekannten, in dessen WG gerade zwei Leute ausgezogen waren, ein neues Zuhause. Und da die zwei ausgezogenen Leute zwei leere Zimmer hinterlassen hatten, zog auch ein Freund Mathias', Konrad H., mitsamt seiner riesigen Schar kleiner Haus-Mäuschen dort ein. Vielleicht, so überlegte Konrad, würde auch Isabella R., eine gemeinsame Freundin und Genossin von Mathias und Konrad, gerne dort einziehen, zumal im September ein weiteres Zimmer frei werden sollte. Isabella hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie des Alleine-wohnens leid wäre, und gerne wieder mit Leuten zusammenziehen würde. Das meinte zumindestens Konrad. Mathias konnte sich an keine diesbezüglichen Äußerungen Isabellas erinnern. Sie diesbezüglich danach zu fragen war zum gegenständlichen Zeitpunkt leider nicht möglich, da sie beide außer einer Ansichtskarte mit fünf kitschigen Sightseeing-Aufnahmen aus Venedig von vor damals drei Wochen keinerlei Hinweise auf ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort hatten. Auch der Text auf der Karte barg nur wenig Informationen: „Herzliche Urlaubsgrüße sendet euch allen miteinander Isabella. P.S.: Mir geht es gut! Wie geht es euch?“ Ein nicht zu unterschätzender Nachteil der neuen Wohnung war es allerdings, daß das Haus in Bälde generalsaniert werden sollte, weshalb auch die Hälfte der MieterInnen bereits gekündigt worden war. Dies war auch mit ein Grund, warum die meisten Leute aus der Wohngemeinschaft auszuziehen getrachtet haben. Nur Hedda S. wollte um die Wohnung kämpfen, und ab sofort freilich auch Mathias und Konrad.

Die Gegend, in die sie da nun gezogen waren, war an und für sich sehr nett. Auch die meisten Menschen dort schienen sympathisch. Eine erdrückende Fülle von faschistischen Parolen an Hausmauern und — vor allem — unzähligen Aufklebern an allen erdenklichen Stellen jedoch, erzeugte ein gewisses Gefühl des Unbehagens.

Während der ersten Tage nach dem vollzogenen Umzug durchstreiften Mathias und Konrad, ausgerüstet mit Filzstift und Ölkreide ihre neue Wohngegend und nahmen sich die diversen hetzerischen Parolen vor. Die Fascho-Pickerl schabten sie mit Taschenmessern oder anderen scharfen Gegenständen von den Verkehrsschildern und Laternenmasten. Nach ein paar Tagen erschien ihnen das alles wie eine nie enden wollende Sisyphusarbeit. Doch mangels brauchbarer Alternativen setzten sie sie fort, so gut es halt ging. Irgendwann begannen sie dann, die Fascho-Pickerl anstatt abzureissen mit Antifa-Klebern zu überpicken. Das machte die Sache etwas einfacher, nicht aber sonderlich dauerhafter.

Eines Tages, als Mathias und Konrad gerade auf einer Holzbank am, ihrem neuen Wohnsitz ausgesprochen nahen, Friedrich Engels Platz saßen und ein Eis — präziser ausgedrückt: je ein, zusammen also zwei Eise — aßen, hörten sie plötzlich unversehens eigenartige blecherne Stimmen aus eigenartigen blechernen Lautsprechern. „Sehr pffätr Pfrgste! Bfrgen verstrkn pfrrr fkomppf pfrt pfr pfr Linpfr pfrudrp und pfrpr zu Pfrspätunpfgn und unregeplfr Interpfln. Wir danken für ihr Verständnis!“, sagte die eine Stimme. Sie kam aus einem Informationslautsprecher der Verkehrsbetriebe. „Österreicher!“, sagte eine andere Stimme. Sie dröhnte aus einem Lautsprecherwagen, der gerade um die Ecke bog. Stellungnahmen zur „Flüchtlingsfrage“ und zur „Ausländerfrage“ dröhnten zackig hinterher und spitzten sich ziemlich rasch und unverschämt zu plattesten faschistischen Parolen zu, verbun-

den mit der Aufforderung irgendeine bestimmte Liste bei der Nationalratswahl zu wählen. Mathias und Konrad konnten sich danach an den genauen Wortlaut der Rede ebensowenig erinnern wie an den genauen Namen der Liste. Es war ihnen zu diesem Zeitpunkt auch ziemlich egal, ob es sich dabei um die NDP, einer ihrer Tarnorganisationen, die „Ein Herz für Inländer“-Liste, um die FPÖ oder die VGÖ gehandelt hatte, die sich ohnehin allesamt in der „Ausländerpolitik“ nur geringfügig unterschieden. Sie spürten nur, wie ihr Herz bis in die Halsschlagadern hinaufpochte und die Hände zitterten. Unter dem Schutz herumstehender Gebüsch begaben sie sich in Richtung des Lautsprecherwagens, der kurz stehen geblieben ist, um auch ja von allen irgendwo auf diesem Friedrich Engels Platz auf irgendeine Straßenbahn oder irgendeinen Bus wartenden Leuten gehört werden zu können.

Die meisten Leute warteten auf ihre Bim oder ihren Bus, so wie sie es seit Jahr und Tag immer taten, und wohl auch dann taten, wenn die, die da jetzt im Lautsprecherwagen sitzen, in sowas wie einer Regierung säßen, falls sie das nicht ohnehin gelegentlich tun. Andere warteten auf ihre Bim oder ihren Bus auf genau jene Art und Weise, wie sie es während einer Vorführung neuerster interessanter Errungenschaften der Tupperware-Forschung auch tun taten, wenn nicht Tupper-Parties grundsätzlich nur in geschlossenen Räumen stattfinden würden. Andere wiederum reagierten so, als ob neben ihnen ein Mord, eine Vergewaltigung oder sonst etwas passieren würde, das Anlaß zu ehrlichem Entsetzen im tiefsten Inneren der Seele und zum angewiderten Wegdrehen des gesenkten Kopfes zu geben imstande wäre.

Mathias und Konrad haben ihr Eis weggeworfen und beobachteten — immer noch hinter Sträuchern versteckt — den Lautsprecherwagen. Keiner von beiden zweifelte auch nur eine Sekunde daran, daß nun irgendetwas zu tun wäre. Bloß was?

Auf einen Zettel kritzelten sie eine kurze Beschreibung des mit Lautsprecheraufbauten versehenen Kleinbusses und die Kennzeichen-Nummer. Im Inneren des Busses konnten sie einen, schon ziemlich alt aussehenden Herren erkennen, der den Wagen lenkte, einen noch älter aussehenden Herren, der daneben saß und in ein in der Hand gehaltenes Mikrofon zackige Sätze über die Überfremdung Österreichs kotzte, und drei oder vier jünger aussehende Gestalten, die im Hinterteil des Busses saßen und wahrscheinlich die Aufgabe gehabt haben, Leute wie Mathias oder Konrad, die sich dem Bus zu nähern gewagt hätten, zu vertreiben und bei Bedarf gründlich zu vermöbeln. Es waren keine typischen kahlköpfigen Skinheads, sondern ordentlich aussehende Neofaschisten der organisierten Art, die da hinten saßen. Mathias und Konrad versuchten die Situation sachlich nüchtern einzuschätzen. „Zwei gegen mehr, die was vielleicht auch noch bewaffnet sind, ist irgendwie g'schissen!“ lautete eine erste Analyse des Kräfteverhältnisses. Die umstehenden PassantInnen vermittelten schließlich auch nicht gerade den Eindruck, daß sie in einem unvermittelt zum Ausbruch geratenden Volkszorn den antifaschistischen Kampf der beiden Freunde bei Bedarf tatkräftig unterstützen würden. Einer der im Bus befindlichen Faschisten dürfte, so schien es zumindestens, mit einer Videokamera das Treiben rund um den Bus zu filmen. Unvermummt und mit der deutlich erkennbaren Absicht, irgendeine antifaschistische Aktion zu setzen, in das Film- oder Foto-Archiv der organisierten Faschisten zu gelangen, war so ziemlich das Schlimmste, das sich Mathias und Konrad in dieser Situation vorzustellen vermochten. Mit deren Mitteln gelingt es den Faschisten nämlich immer und immer wieder, die Identität von Leuten herauszufinden, ihre Lebensgewohnheiten zu beobachten und ihnen schließlich mitunter irgendwann aufzulauern. Solche Ereignisse enden dann oft ziemlich übel.

Mit einem verdammt schlechten Gefühl im Magen taten Mathias und Konrad schließlich das gleiche wie die Masse der Werk tätigen, die gerade am Friedrich Engels Platz herumstand, nämlich nichts.

Als der selbe Lautsprecherwagen den beiden Freunden drei Tage später wieder begegnete, erschien die Situation um vieles günstiger. Mathias und Konrad waren gerade zusammen mit Anna M., einer Freundin der beiden, die gerade bei ihnen auf Besuch gewesen ist, mit dem Fahrrad unterwegs, als ihnen die lautsprecherwagenfahrenden Faschisten begegneten. Von ihrer Beschäftigung mit Observation, derer sie sich im Frühling ausgesetzt ge-

glaubt hatten, wußten Mathias, Konrad und Anna halbwegs genau, wie sie den Bus zu verfolgen hatten, ohne dabei selbst entdeckt zu werden. Auf dieses nicht-entdeckt-werden legten sie besonders viel wert. Mit Sonnenbrillen und Regenjacken versuchten sie sich überdies vor zufälligen Aufnahmen der Videokamera zu schützen, die zumindestens vor drei Tagen der eine Faschist mit dabei gehabt hatte. Durch die niemals enden wollende Abfolge der immer gleichen Hetzreden und Parolen, die mit hunderten Watt durch die Straßen gedroht wurden, war es nicht außerordentlich schwergefallen, dem Bus auch in einigermaßen großzügig bemessener Entfernung zu folgen.

Es gelang ihnen ebenso problemlos dem Bus bis zu jener Parklücke hin zu verfolgen, in die dieser schließlich einreversierte, wie es ihnen schließlich in der darauffolgenden Nacht gelang, wieder dorthin zurückzukehren und mit einem Pfriemen — auch Ahle genannt, das ist so etwas ähnliches wie ein Schraubenzieher, der vorne zugespitzt ist und beispielsweise von Schustern und SchusterInnen zum Durchstechen von Leder verwendet wird — ein bißchen in den vier Reifen rumzustochern, was den umgehenden geräuscharmen Luftaustritt aus selbigen zur Folge hatte. Nur unwesentlich mehr Probleme bereitete das anschließende Öffnen des Seitenfensters. Die drei GenossInnen wußten über die verschiedenen, teilweise zerstörungsfreien, Möglichkeiten in Autos einzubrechen, einigermaßen Bescheid, einigten sich aber letztendlich auf die einfachste und sicherste, wenn auch für einen kurzen Moment etwas laute und nicht so sonderlich zerstörungsfreie Art und Weise, da sie sich die Umsetzung der anderen Möglichkeiten, ungeübt wie sie nunmal waren, nicht zugetraut hatten. Also führten sie einen starken Schraubenzieher an der BeifahrerInnen-tür zwischen Scheibenkante und Türfassung bis der Schraubenzieher so fest saß, daß das Hebelgesetz, von Anna exekutiert, voll zur Geltung kommen und das Springen der Scheibe nach sich ziehen konnte. LKW-Fenster hätten bei solchen Gelegenheiten den Vorteil gehabt, daß sie aus Sicherheitsglas bestanden hätten und nur gebröckelt wären, was sich besonders dann als praktisch erwiesen hätte, wenn der LKW in der Folge irgendeinem Brand zum Opfer fallen hätte sollen. Das billige Kleinbus-Fenster zersprang jedoch als Ganzes, was aber nicht viel ausmachte, weil in einer belebten und dichtbeparkten Straße inmitten der Stadt vor bewohnten Häusern ein Auto abzufackeln ohnehin unverantwortlicher Unsinn gewesen wäre. Unsere FreundInnen begnügten sich damit, mitgebrachte Buttersäure auf die Stoffbezüge der Sitze und in die Armaturen zu träufeln und an den Außenseiten „Nazis raus!“ aufzusprayen. Die Lautsprecheranlage, die sie bei dieser Gelegenheit auch ganz gern zerstört hätten, war leider — offenbar über Nacht — abmontiert.

Freilich waren die FreundInnen bei alledem vermummt, nur für den Fall, daß sie gesehen oder gar beobachtet worden wären. Und freilich trugen sie Handschuhe, um keine Fingerabücke zu hinterlassen, damit auch die Polizei nicht in der Lage ist, ihnen auf die Spur zu kommen. Und freilich hat einer, Mathias nämlich, die ganze Zeit genau aufgepaßt, daß kein Mensch nirgendwo zu sehen war, während die anderen gearbeitet hatten. Und freilich suchten sie alle drei, sobald sie fertig waren, ganz besonders schnell das Weite. Und freilich fanden sie selbiges auch umgehend und verschwanden so schließlich ebenso spurlos im Dunkel der Nacht, wie sie gekommen waren. Und freilich diskutierten sie dann noch stundenlang darüber, ob „Nazis Raus!“ nicht ein überaus chauvinistischer Spruch sei, der suggerieren könnte, daß die Nazis irgendwo anders hin sollten, um, wenn schon überhaupt, dann doch zumindestens vorrangig dort, ihr Unwesen zu treiben, und uns alles recht wäre, solange wir nur selbst eine Ruhe vor ihnen hätten.

Der Lautsprecherwagen ist Mathias nach dieser Nacht nie mehr wieder begegnet. Wenige Tage später wurden die faschistischen Lautsprecherwagenfahrten sogar behördlich verboten. Der Regen jedoch macht immer noch keine Anstalten nachzulassen und auch die Wellen brechen immer und immer wieder an der Brandung unter der Flroidsdorfer Brücke.

„Hey, du da!“ hört Mathias eine Stimme von schräg hinter ihm. Mathias dreht sich um, und schaut. Auffallend wenig Haare hat er auf dem Kopf, dieser Kerl, der da eben gerufen hat und nun direkt auf Mathias zugehen im Begriffe ist.

Fortsetzung folgt ●

Betrifft TATblatt

Eine Woche später, als im „TATblatt Light“, das am 1. September erschienen ist, versprochen gibt es uns nun tatsächlich wieder. Die Sommerpause ist vorüber. Ab sofort erscheint das TATblatt wieder alle 14 Tage.

Sommerpause, das hieß für uns nicht nur Erholung, und ganz grundlos beginnen wir das neue Jahr, das übrigens unser drittes ist, auch nicht mit einwöchiger Verspätung. So haben wir beispielsweise unser Büro umgebaut, eine Arbeit, die leider absolut nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, und die Arbeit an dieser TATblatt-Ausgabe auch noch über alle Maßen beeinträchtigt hat.

Rein äußerlich hat sich das TATblatt ja ein bißchen verändert (keine Ahnung, wie das fertig aussehen wird. Mal sehen! Ihr kennt es ja jetzt schon. Ich, der ich da das da jetzt tippe kenns nur mal vom Computer-Bildschirm). Ansonsten ist so ziemlich alles beim Alten geblieben. Viel haben wir versprochen, für unser neues Erscheinungsjahr. Wenig davon können wir nun einlösen. Ein genaues Papier, in denen die Kriterien, nach denen der Inhalt des TATblatts bestimmt wird, festgeschrieben sind, gibt es immer noch nicht. Da ändert auch die Tatsache nichts dran, daß wir das selbst irrsinnig wichtig fändeten. Die Diskussionsprozesse sind im Sommer irgendwie versandet, und noch nicht wieder so richtig ins Laufen gekommen, daß dieses Vorhaben einfach noch nicht umgesetzt werden konnte. Wir werden das so bald wie möglich nachholen.

Ein großes Manko unserer Zeitungsarbeit, das uns immer wieder aufstieß, konnte auch nicht verbessert oder gar gelöst werden. So gibt es in ganz Österreich zwar einige unabhängige TATblatt-Kollektive, die TATblatt-Wien-Gruppe hat aber dank der Produktionsmittel auch die meiste Macht. Sicherlich auch die meiste Arbeit. Außer dieser Arbeit, die ja aus politischer Motivation heraus geschieht, und nicht als reine entfremdete Dienstleistung verstanden wird – zumindestens von uns –, erheben wir auch einen gewissen Anspruch auf Entscheidungsrechte. So weit so gut und eigentlich nicht das Problem. Was vollkommen ungeklärt ist, in der realen Arbeit, ist die Stellung der Regionalgruppen, die ja auch nicht die willenlosen ZulieferInnen und HandlangerInnen einer ominösen Wiener Zentralstelle sein wollen, sondern ja auch gewisse Ziele mit ihrer Arbeit verfolgen. Mit der ersten TATblatt-Regionalgruppe hat es da ziemlich konkrete Absprachen gegeben. Sie wollten völlige Autonomie, die sie auch bekommen haben. Voraussetzung dafür sind aber regelmäßige Aussprachen und Diskussionen. Auf dieser Basis sollte auch die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen basieren. Das hat aber bislang nicht funktioniert.

Seit es mehr als eine Regionalgruppe gibt, mag es offenbar nicht mehr gelingen sich zu treffen und zu diskutieren, geschweige denn gemeinsam irgendeine Art von Statuten oder Konzepten der Zusammenarbeit zu finden.

Für uns in Wien gibt es, wenn uns an der Arbeit von anderen was nicht paßt die einfache Möglichkeit, verschiedene Sachen nicht zu bringen. Zumeist in Verbindung mit der schwammigen Begründung, da müßte noch über einiges geredet werden. Wohlwissend, daß so ein Reden in den letzten Monaten nie geklappt hat und in absehbarer Zeit auch ir-

gendwie mehr in den Sternen als sonstwo steht.

Die meisten Regionalgruppen haben wir in Wien eigentlich noch nie persönlich zu Gesicht bekommen. Von so ziemlich allen wissen wir nicht im Geringsten, wie sie sich die Zukunft in Bezug aufs TATblatt vorstellen. Wir wissen nur das, was wir selbst auf die letzte Seite geschrieben haben. Nämlich irgendwelche Treffenstermine, die vielleicht ganz und gar unaktuell sind.

Ja dieses beispielsweise ist eines der noch ungeklärten Probleme, die einer Erledigung harren. Was uns auch fehlt sind neue Leute, die mitarbeiten. Mehrere von uns müssen im kommenden Jahr nebenbei verstärkt Lohnarbeiten. Für allfällig interessierte Leute gibt es donnerstägig das TATblatt-Plenum. Da solch Plena für den Einstieg neuer Leute erfahrungsgemäß nicht gerade geeignet sind, planen wir auch ein Herbst-Anfangs-Einstiegstreffen für alle Interessierten. Genauer Termin wird noch im TATblatt bekannt gegeben.

GANZ DRINGEND

suchen wir gerade jetzt, so für den Beginn des neuen Erscheinungsjahres Leute, die sich mit dem TATblatt auf die Straße stellen, zB vor Unis und dergleichen, oder durch Lokale gehen, und es zum Verkauf anbieten. **HANDVERKAUFERINNEN**, sozusagen, suchen wir. Pro verkauftem TATblatt gibt es S 5,- zu verdienen. Von einem neuen TATblatt lassen sich in ein, zwei, drei Tagen oder Abenden schon so etwa 100 Exemplare verkaufen. Wenn du dir vorstellen könntest, das so nebenbei oder sonstwie zu machen: es wäre ziemlich wichtig.

ZUR ZIONISMUS-DEBATTE

Wie den TATblatt-LeserInnen sicherlich noch erinnerlich, gab es in den letzten TATblättern vor dem Sommer eine hitzige LeserInnenbriefdebatte um ein Interview mit Karam Khella über Zionismus, die zum Schluß nur mehr von zwei Gruppen gegeneinander geführt wurde. Aus ausführlich dargestellten Gründen beschlossen wir, diese Debatte von unserer Seite her als beendet zu erklären, da wir der Ansicht waren, daß keine neuen Erkenntnisse mehr auftauchten und so weiter. Siehe TATblatt minus 68!

In der Zwischenzeit erreicht uns eine Stellungnahme von Karam Khellas persönlich, die uns aber als viel zu lang erschien, um sie abzdrukken. Kürzungen wurden uns keine gestattet. Wir haben uns daher entschlossen, die gesamte Diskussion als Broschüre zu veröffentlichen, mit allen erschienen Beiträgen und dem Karam-Khella-Beitrag. Die Broschüre wird ab Mitte Oktober zum Preis von voraussichtlich S 20,- bei uns erhältlich sein. Die Karam-Khella-Stellungnahme allein ist gratis, gegen Rückporto bei uns erhältlich.

DIESES TATBLATT

Wie schon so oft, haben wir uns auch für dieses Mal vorgenommen, genau aufzulisten, was nicht erschienen ist, obwohl es da war, und was deswegen nicht erschienen ist, weil keineR was dazu geschrieben hat. Im allgemeinen Chaos des Bürumbaues (die

Computer-Arbeit mußte in Privatwohnungen übersiedeln, wo dann freilich gerade die Dinge, die man/frau am dringendsten braucht nicht zur Hand sind; die meisten TATblatts waren obendrein beim Bodenverlegen engagiert und die Zeitung war ein Minderheitenprodukt dreier Leute...) ist das aber mehr oder weniger gescheitert. Bei einigen der eingesandten Beiträge waren wir in all dem Chaos noch nicht in der Lage uns zu entscheiden. Wir bitten allseits um Entschuldigung und versprechen uns umgehendst zu verbessern.

Ganz unter den Tisch gefallen sind diesmal auch unsere Termine. Zum Einen deswegen, weil eines der wichtigsten Veranstaltungsorte voraussichtlich am 28. September geräumt wird, zum Anderen weil die Termin-Lade infolge des Umbaus unerreichbar verräumt wurde, und zum Dritten, daß viel der zu tun gewesenen Zeitungsarbeit einfach nicht getan wurden, weil, aber das stand jetzt eh schon oben.

NOCH ZWEI PUNKTE ZUM TATBLATT-LIGHT

● Anfang September erschien ein „TATblatt-Light“, ein sechsseitiges Blatt mit Beiträgen zum Ernst-Kirchweiger-Haus, zur Alm-Besetzung in Oberösterreich, zum Rotstilzchen und ein paar Kurzmeldungen. Dieses Blatt wurde an alle AbonentInnen innerhalb Österreichs versandt und kostenlos verteilt. Die Post dürfte diese Ausgabe allerdings nur sehr sporadisch zugestellt haben. Wenn du es also nicht bekommen hast, aber noch willst, bestelle es bitte bei uns nach.

● Ein Witz bei diesem „TATblatt-Light“ ist irgendwie daneben gegangen. Nämlich der Scherz mit dem Nutra-Sweet, in Anlehnung an dem ach so beliebten Nutra-Sweet, das zum Süßen der zahlreichen Light-Getränke, die es heutzutage so gibt, verwendet wird. Was wir nicht wußten, war, und das wurde uns zu unserem Erbleichen am Volksstimmefest von einem Sympathisanten erklärt, daß Nutra-Sweet ein Produkt der Gentechnologie ist. Unter diesem Gesichtspunkt finden wir diesen Schmach einigermaßen gschissen, und werden versuchen, das Beste aus diesem Fehler zu machen, und so rasch wie möglich einen Artikel über Nutra-Sweet bringen. Hoffentlich.

ALLFÄLLIGES:

● In den letzten Wochen wurde ein Rotstilzchen-Flugblatt mit TATblatt-Adreßmaterial als AKIN versendet. Die Adreßpickerl wurden von uns nicht aus der Hand gegeben, sondern von uns selbst aufgepickt. Das Adreßmaterial wurde also nicht weitergegeben.

● Vor dem Sommer gab es wiederholt Beschwerden, daß das TATblatt nicht zugestellt wird. Dazu könne wir nur sagen, daß das TATblatt stets pünktlich erschienen ist, der Fehler also bei der Post liegt. In solchen Fällen bitten wir euch: Reklamiert bei eurem Zustellpostamt und ruft bei uns an. Auch wenn es nicht unser Fehler war: Ein Ersatz-TATblatt schicken wir euch so rasch wie möglich nach.

Nun denn:

Das wärs dann wieder fürs erste!

Ganz viel Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv!

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgebote zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum; Schubertstraße 35 / Keller

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neuzahlung verlängert wird.

Impressum:

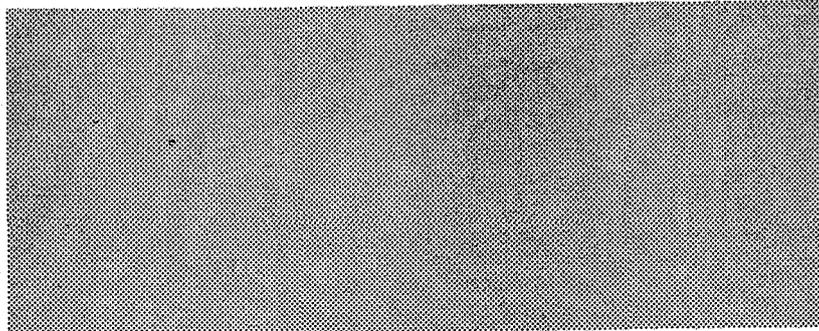
Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!
Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!



...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 5:** ● Autonomes Stadtteilzentrum Rotstilzchen (Margaretenstraße 99; geöffnet 18 bis 2 Uhr) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stieggasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Homosexuellenberatung Rosa-Lila-Tip (Linke Wienzeile 102) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** ● EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kollingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 12:** ● FLEX (Arndtstraße 51) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14 ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **WIEN 18:** ● Naturkostladen Kutschkermarkt (Kutschkergasse 29) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“